

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vormwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inertions-Gebühr
Besteht für die sechsmonatliche Polzei-
stelle über deren Raum 10 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereine
und Versammlungen 20 Pf.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 31. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Parteigenossen!

Die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, wie sich
die aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausge-
schiedene Gruppe der Ahtzehn nennt, erklärt im „Vormwärts“
einen Aufruf an die Parteigenossen, der nicht ganz un-
wider-
sprochen bleiben kann, da er eine Reihe zur Irreführung der
Parteigenossen geeignete Behauptungen enthält.

Die 18 Separatisten erklären, daß sie tatsächlich aus der
Fraktion hinausgedrängt wurden. Das ist eitel Spiegel-
fechterei. Sie lehnten ab, die Pflichten zu erfüllen, die ihnen
die Zugehörigkeit zur Fraktion auferlegt, und begaben sich
dadurch selbst der Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit
entspringen. Die Ahtzehn haben gewußt, daß ihr hinter-
hältiges Vorgehen die Sprengung der Fraktionsgemeinschaft
zur Folge haben mußte. Ein Blatt der Minderheit schreibt
ganz richtig: „Das Vorgehen ohne Benachrichtigung der
Mehrheit war tatsächlich schon die Aufhebung der Fraktions-
gemeinschaft.“ Die Gruppe der Ahtzehn sollte doch so ehr-
lich sein und zugeben, daß sie den Bruch gewollt hat.

Die erneute Sonderaktion soll kein Disziplinbruch sein?
Doch nur für die, die der Auffassung sind, daß sich die Mehr-
heit dem Terrorismus der Minderheit zu beugen hat. Sie
soll kein Treubruch sein? Ja, warum haben denn selbst Mit-
glieder der Fraktion, die sachlich den Standpunkt der Minder-
heit teilen, dieses Vorgehen als heimtückisch bezeichnet? Nur
durch das treulose Verhalten der Ahtzehn wurden jene be-
dauerlichen Szenen provoziert, über die der Aufruf der „Ar-
beitsgemeinschaft“ sich jetzt entrüstet, statt sich selbst anzu-
klagen.

Die Sonderfraktion nimmt für sich das Monopol auf eine
selbständige grundsätzliche sozialdemokratische Politik in An-
spruch. Hierüber wird der nächste Parteitag zu entscheiden
haben, der ohne Zweifel bestätigen wird, daß eine sozialdemo-
kratische Partei, die die Notwendigkeit der Landesverteidi-
gung anerkennt, nicht anders handeln durfte, als die sozial-
demokratische Reichstagsfraktion in der Kriegszeit ge-
handelt hat.

Die Sonderfraktion behauptet, daß ihr Auftreten das
Ansehen der Partei im In- und Auslande hebe. Im Inlande?
Die Entrüstung, die das Auftreten der Ahtzehn in der Partei
hervorrief, liefert den Gegenbeweis. Im Auslande? Doch
nur bei denen, die ihre Hoffnung auf den Zwiespalt der Par-
tei und die innere Zerrüttung des deutschen Volkes setzen.
Wer das Auftreten der Ahtzehn unbefangenen beurteilt, der
wird unserem dänischen Bruderorgan „Sozialdemokraten“
recht geben, das als Folge der Spaltung eine Schwächung
des Einflusses der Sozialdemokratie auf den Frieden und eine
Verlängerung des Krieges befürchtet.

Wie eine Verhöhnung der Arbeiter klingt es, wenn be-
hauptet wird, daß das Auftreten der Ahtzehn nicht spaltend
und zerstörend, sondern sammelnd und organisationserhaltend
wirke, daß es geeignet sei, das Proletariat für schwere Kämpfe
stark zu machen. Nur wer das deutsche Proletariat täuschen
will, kann ihm einreden, daß es durch Spaltung und Zer-
rüttung der Partei stark werde für schwere Kämpfe.

Die Sonderfraktion ist keine Vertretung der Partei.
Unser Organisationsstatut kennt im Reichstag nur eine
parlamentarische Vertretung: die sozialdemokra-
tische Reichstagsfraktion.

Wer die Partei stark erhalten will, muß alle, die das Ge-
füge der Partei untergraben und die einfachsten Gebote der
Demokratie mit Füßen treten, energig in die Schranken
weisen. Nur so können wir unseren kämpfenden Genossen

draußen die Partei erhalten, die ihr Stolz war und auf die
sie ihre Hoffnung für die Zukunft setzen.

Genossen! Fünf Jahrzehnte lang haben wir die Arbeiter-
massen unter unsere Fahne gesammelt mit der Parole:
Einigkeit macht stark! Dabei soll und muß es
bleiben.

Berlin, den 30. März 1916.

Der Vorstand
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Vorstand
der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Wir können es den zur „Sozialdemokratischen Arbeitsgemein-
schaft“ zusammengeschlossenen 18 Reichstagsabgeordneten überlassen,
auf diese Erklärung die gebührende Antwort zu geben. Jedoch
halten wir es von Redaktions wegen für geboten, nachdrücklichen
Protest gegen die Art einzulegen, mit der Parteivorstand und Vor-
stand der Reichstagsfraktion die durch sachliche Meinungs-
verschiedenheiten entstandenen Differenzen zum Austrag bringen
zu dürfen.

Wir selbst und eine ganze Anzahl Parteiblätter hielten uns für
verpflichtet, beiden Teilen sofort nach Ausbruch des Zwistes den Rat
zu erteilen, den sachlichen Streit nicht durch persönliche Angriffe
und eine kränkende, herabsiehende Tonart zu verschärfen und zu
vertiefen. Während die Erklärungen der Mehrheit diesen im Partei-
interesse erteilten Rat leider in den Wind schlugen, hat die Gegen-
erklärung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ erfreu-
licherweise unseren Rat beherzigt. Dagegen schlägt die neue
Erklärung der Mehrheit einen Ton an, der nicht nur von allen
ehelich auf die Erhaltung der Parteinheit bedachten Elementen auf-
merksam befragt werden muß, sondern der geradezu Empörung zu
erweden geeignet ist. Nicht nur, daß die beschimpfenden Ausdrücke
„Treubruch“ und ähnliches wiederholt werden: die neue Erklärung
berichtet das erlebte Register ihrer parteigenösslichen Ausdrucks-
weise noch durch weitere Ausdrücke, wie Spiegelfechterei, heim-
tückisch, treuloses Verhalten und dergleichen mehr. Wir können nicht
umhin, zu erklären, daß wir diese Form der Polemik für eine
geradezu beschämende halten und von den Genossen er-
warten, daß sie überall und schärfend gleich
uns Einspruch gegen eine Fortsetzung solch partei-
politischer Manieren erheben, die die Würde der
Partei geradezu gefährden.

Daß die Mehrheit auf grundsätzlich anderem Boden steht und
die Anschauungen der Minderheit für unrichtig, ja schädlich hält und
von ihrem Standpunkt aus halten muß, haben wir schon früher
ohne weiteres konstatiert. Daß die Mehrheit ihre Auffassung, so
gut sie immer vermag, vertritt und die Parteigenossen in ihrem
Sinne zu beeinflussen sucht, ist ihr unbestreitbares Recht. Aber
dieses Recht wird weit überschritten durch Beschimpfungen der
Gegner und durch eine Verdächtigung ihrer Motive,
die darin liegt, daß man ihnen die Absicht einer Täuschung des
deutschen Proletariats vorwirft.

Noch einmal erheben wir unsere warnende Stimme. Noch
ist es Zeit, dem parteizerrüttenden Treiben Einhalt zu
tun. Bietet die Mehrheit aber fort, in dieser Weise ihrem
Meinungsgegner anzugreifen, so provoziert sie nicht nur
ebenso geharnischte Antworten, sondern sie erweckt auch den Anschein,
als ob es ihr nicht lediglich um die Sache und die Wahrung der
Parteiheiligkeit zu tun sei, sondern geradezu auf die
Entfesselung von Kämpfen, die zu dauernder
Verbitterung und Zerklüftung der Partei führen
müssen.

Wenn es wirklich um Ansehen, Würde und Einheit der Partei
zu tun ist, so setze daher solchem Treiben die unerläßliche Mahnung
entgegen: **Still hier und nicht weiter!**

Zur Klärung in der Partei.

Von Hugo Haase.

Spaltung in der sozialdemokratischen Fraktion! Lange
gesucht, ist sie Wirklichkeit geworden. Alle Bemühungen, sie
abzuwenden, sind vergeblich gewesen. Nach der Reichstags-
sitzung vom 24. März hat die sozialdemokratische Fraktion
durch Mehrheitsbeschluß erklärt, „daß Haase und diejenigen
Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsamen gefaßten Bes-
chlüsse größtenteils mißachteten und öffentlich durchkreuzten, da-
durch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden
Rechte verwirkt haben“. Damit waren die 18 Genossen, die
es für ihre Pflicht hielten, gegen den Notetat zu stimmen
und ihre Auffassung im Plenum zu begründen, aus der
Fraktion ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen oder nach der

Bezeichnung eines Angehörigen der Mehrheit „Ausgebrühten“
haben sich dann, um die Pflichten, die ihnen von den Wählern
übertragen worden sind, zu erfüllen, zu einer Sozial-
demokratischen Arbeitsgemeinschaft, zu einer
Fraktion im parlamentarisch-technischen Sinne, vereinigt. So
ist die Spaltung der Fraktion vollzogen, aber es
wäre falsch, darin eine Spaltung der Partei zu
erblicken. Die Partei wird dadurch vielmehr an Kraft ge-
winnen, und wenn die Wirren des Krieges erst der Ver-
gangenheit angehören werden, wird auch ein einheitliches
Arbeiten der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament
nach festen Richtlinien möglich sein.

Die Gefahr der Spaltung datiert vom
1. August 1914 an. In der Hoffnung, daß der Krieg,
wie es bei seinem Ausbruch die allgemeine Annahme war, in
einigen Monaten beendet sein würde, hat die Minderheit zu-
nächst darauf verzichtet, ihre abweichenden Ansichten öffentlich
zum Ausdruck zu bringen. Als diese Annahme sich jedoch als
trügerisch erwies, und als die Mehrheit auf der abwärtsführenden
Bahn immer weiter herabglitt, mußte die Minderheit sich zu
einem Gegenschritt entschließen. Sie stimmte bei der Beratung
über den Etat des vorigen Jahres nicht mehr mit der Mehr-
heit, die sich über einen unabweisbaren Parteitagbeschuß
hinterlegte, sondern brachte nach einem Fraktionsgebrauch
ihren Standpunkt dadurch zum Ausdruck, daß sie sich der Ab-
stimmung enthielt.

Dabei blieb es zunächst. Die Taktik der Mehrheit war
darauf eingestellt, in den für das Volk wichtigsten Fragen die
Einigkeit mit den bürgerlichen Parteien nach Kräften zu
dokumentieren. Das Proletariat, das die großen Gegensätze
zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Anschauungen
sah, wurde in weiten Kreisen geradezu irre an den Führern.
Der Verlauf der Friedensinterpellation im Dezember 1915
rief Enttäuschung und vielfach Entrüstung hervor. Die
Fraktion hatte der Minderheit, die seit dem 1. August 1914
von 14 Stimmen bis auf 44 Stimmen gewachsen war, einen
Redner verpagt. Und der Redner der Mehrheit glaubte
seine Aufgabe dadurch erfüllt zu wissen, daß er in
Diplomatenmanier die Ausführungen des Reichskanzlers
und der bürgerlichen Parteien beschönigte. Der Reichskanzler
lehnte die Aufforderung, einen Frieden anzubieten, ab, aber
die Mehrheit beschloß kurz darauf wieder, 10 Milliarden zur
Fortsetzung des Krieges zu bewilligen. Das alles schlug dem
Hah den Boden aus. Zwanzig Mitglieder der Minderheit
hielten es jetzt für unabwendbare Pflicht, ihren Widerspruch
gegen die Kreditbewilligung im Parlament offen zu bekunden
und die Gründe für ihre Haltung unter Vermeidung jeder
Polemik gegen die Mehrheit darzulegen. Schon damals
wurde der Versuch unternommen, diesen 20 Genossen ihre
Rechte als Fraktionsmitglieder zu entziehen. Schließlich sah
man jedoch vorläufig von einem solchen Vorgehen ab.

Seitdem sind die Steuervorlagen der Regierung ver-
öffentlicht und im Reichstag zum Gegenstande schärfster Kritik
von Seiten der sozialdemokratischen Redner gemacht worden.
Trotz alledem beschloß die Mehrheit unmittelbar nach diesen
Verhandlungen, der Regierung die Mittel für drei Monate
durch einen Notetat zu bewilligen. Gibt es einen krasserem
Gegensatz als diese Haltung? Wer dem Notetat diesmal zu-
stimmte, wußte ganz genau, daß die Deckungsmittel beschafft
werden sollten durch Steuern, die in härtester Weise den
Mittelstand und die Arbeiterklasse treffen.

Es verstand sich von selbst, daß die zwanzig Genossen,
die im Dezember 1915 gegen die Kreditvorlage öffentlich ge-
stimmt hatten, auch jetzt konsequent dieselbe Haltung ein-
nehmen mußten. Es wäre geradezu unerhört gewesen,
wenn sie nach den Vorgängen der letzten Zeit für den Etat
gestimmt hätten. Diese Pflicht war umso dringender, als die
Mehrheit auch jetzt wieder der Minderheit entgegen dem
früher üblichen Brauch in undemokratischer Weise einen
Redner für die allgemeine politische Debatte verweigert hatte.
Dieses Verhalten konnte nicht anders angelegt werden, als
daß die Minderheit in den wichtigsten Fragen mundtot ge-
macht werden sollte.

Der Versuch, die Zustimmung zum Notetat als eine
bloße Formalität zu bezeichnen, kann kaum ernst ge-
nommen werden. Gätte die Fraktion, wie vor dem 1. August
1914, einmütig gegen den Notetat gestimmt, so wäre es
allerdings eine untergeordnete formelle Frage gewesen, ob
zweckmäßigerweise die Ablehnung bei dieser Gelegenheit
oder bei der Beratung des Hauptetats durch eine größere
Rede begründet werden sollte. Diesmal hat die
Fraktionsmehrheit dagegen dem Notetat zugestimmt. Das
ist eine materiell so wichtige Tatsache, daß — von diesem
Willen abgesehen — nur politische Realität diesen Vorgang
als eine Formalität bezeichnen kann.

Schweigen zu dieser Behandlung einer tiefgreifenden
politischen Angelegenheit wäre ein Verbrechen an der Partei
gewesen. Kleinlich ist es, statt den großen sachlichen Gegen-
satz heranzulegen, von Disziplinbruch und Treubruch zu sprechen.
Das oberste Gebot für die Führer der Sozialdemokratie ist es,
sich den Beschlüssen der Parteitage unterzuordnen und den
Grundsätzen der Partei Treue zu bewahren. Davon haben
sich die Ahtzehn leiten lassen. Damit ist ein langer Prozeß,
vielleicht zu spät, abgeschlossen. Um die Gruppe der Ahtzehn
werden sich sicherlich alle diejenigen Parteigenossen scharen,
die an der Partei zu verzworfenen begannen.

Die U-Boot-Frage in der Budgetkommission.

Berlin, 30. März. (W. Z. B.) In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute mit allen gegen eine Stimme bei vollbesetzter Kommission folgender Antrag der Abgeordneten Wasserhagen, Bruhn, Ebert, Freiherr v. Camp-Massouen, Gröber, Dr. von Heidebrand und der Vize, Dr. Müller (Meinungen), v. Payer, Dr. Köstler, Scheidemann, Schiffer (Magdeburg), Dr. Stresemann, Graf v. Westarp angenommen:

„Die Kommission wolle beschließen, dem Reichstag folgende Erklärung an den Herrn Reichsfinanzminister vorzuschlagen: Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erreichung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei den Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Begehung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren.“

Von einem Mitgliede der Kommission wurde zu dem Tage unseres gestrigen Berichtes: „Hervorgehoben wurde von Mitgliedern der Kommission, daß den Antragstellern jeder Eingriff in die Kommandogewalt ferngelegen habe“, festgestellt, daß den Antragstellern jeder Eingriff nicht nur ferngelegen habe, sondern daß er in den Anträgen nicht enthalten sei. Die Kommission beschäftigte sich während des übrigen Teils der Sitzung in vertraulichen Verhandlungen mit dem Etat des auswärtigen Amtes. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Ueber die Sitzung wird uns noch geschrieben:

Am Donnerstagvormittag sollte die Sitzung bereits um 11 Uhr beginnen, statt dessen konnte der Vorsitzende sie erst nach 12 Uhr eröffnen, weil vordem die Fraktionsvorstände eine lange Sitzung abgehalten hatten, um eine gemeinsame Erklärung in der U-Boot-Frage fertigzustellen. Bis zum Beginn der Kommissionsitzung war eine Einigkeit nicht erzielt. Am Nachmittag fanden wiederum Verhandlungen statt.

Die Kommission wandte sich dann der Beratung des Etats des auswärtigen Amtes zu. Abg. Wasserhagen, der darüber berichtet, ging namentlich auf unser Verhältnis zur Türkei und zu Bulgarien ein. — Staatssekretär Jagow gab auf eine große Reihe von Fragen die erforderliche Auskunft. Die Diskussion zog sich bis in die Abendstunden hin. Ueber den Inhalt der Verhandlungen kann nicht berichtet werden, weil sie streng vertraulich waren. Lediglich das kann gesagt werden, daß ein Vertreter des auswärtigen Amtes entschieden betonte, das Gerücht sei absolut falsch, wonach die deutsche Regierung im Vorjahre englische Friedensbestrebungen zurückgewiesen habe. Solche Bestrebungen seien niemals in ernst zu nehmender Form an sie herangetragen.

Schließlich war der obenstehende Antrag zur U-Boot-Frage eingelaufen, der von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Polen und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft unterzeichnet ist.

Ferner schreibt man uns:

Die Kommissionsverhandlungen über den U-Boot-Krieg sind in einem kurzen an die Presse verfassten Bericht mehrfach unrichtig wiedergegeben worden, wie heute in der Sitzung von zwei Seiten festgestellt wurde. Wie Genosse Ledebour, der als einziger Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an den Verhandlungen beteiligt war, uns mitteilt, ist vor allem durchwegs unrichtig, daß volle Einmütigkeit in der Kommission über die Hauptfrage sowie über eine gemeinsame Resolution erzielt worden sei. Weber hat Ledebour an der Entwerfung der gemeinsam von allen übrigen Fraktionen abgefaßten Resolution teilgenommen, noch hat er für sie gestimmt. Er hat vielmehr eine eigene Resolution eingebracht, die folgendermaßen lautet:

„Der rücksichtslose U-Boot-Krieg, also die warnungslosige Torpedierung von Handelsschiffen und Passagierdampfern gegnerischer und neutraler Staaten darf unter keinen Umständen zur Anwendung gebracht werden.“

Die Beendigung des Krieges ist auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen.“

Diese Resolution erhielt bei der Abstimmung nur die Stimme des Antragstellers.

Angenommen wurde darauf mit allen gegen Ledebours Stimme die obenstehende Koalitionsresolution.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 30. März. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. In den Argonnen haben unsere Batterien deutsche Werke nördlich von Haute-Chabaucée und den Südrand des Gehölzes von Chevry beschossen. Ein Handgranatenkampf in Verbindung mit Angriffen in dem Nachbarabschnitt führte zu beträchtlichen Vordringen in feindliche Verbindungsräume nördlich von Avocourt und brachte uns einige Gefangene ein. Westlich von der Maas hat der Feind in der Nacht keinen neuen Versuch gegen die Stellungen von Haucourt und Malancourt gemacht. Das Geschützfeuer hat auf der Front Véhincourt—Mort Homme—Cumières eine gewisse Festigkeit erreicht. Am Morgen haben unsere Truppen nach heftiger Vorbereitung durch Artillerie einen lebhaften Angriff auf das Gehölz von Avocourt gemacht; wir haben den Südostvorsprung des Gehölzes bis zu einer Tiefe von 300 Metern und das wichtige, von den Deutschen stark eingerichtete Werk, welches als Kernwerk (Reduit) von Avocourt bezeichnet wird, genommen. Ein sehr heftiger Gegenangriff des Feindes, mit einer frühen, erst vor einigen Tagen angekommenen Brigade wurde vollständig abgeschlagen. Der Feind hat starke Verluste erlitten und etwa fünfzig Gefangene in unseren Händen gelassen. Westlich von der Maas lebhafteste Artillerietätigkeit von beiden Seiten in der Gegend von Saug und Douaumont und in der Woivre-Edene im Abschnitt von Roulainville. An der übrigen Front verlief die Nacht ruhig.

Paris, 30. März. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend. Zwischen Lize und Aïone hat unsere Artillerie bedeutende Bedeckungsabteilungen nördlich von Roulin-Sous-Touvent zerstört. In den Argonnen haben wir eine Mine nördlich von Jour de Paris springen lassen; die Explosion zerstörte einen Bombenwerferposten sowie einen Unterstand und brachte ein feindliches Werk zum Einsturz. Unsere schwere Artillerie schänderte zahlreiche Schiffe auf das Gehölz Malancourt—Avocourt, während die Deutschen Gegenangriffe auf den benachbarten Abschnitt ausführten. Westlich der Maas dauert die Beschädigung mit Festigkeit an. Im Laufe des Tages hat der Feind von Avocourt bis Véhincourt nacheinander drei Angriffe auf Stellungen unternommen, die wir ihm am Morgen im Wald von Avocourt entzissen hatten; sie wurden vollständig zurückgeschlagen. Im Laufe eines Angriffs großer Truppenverbände auf das Dorf Malancourt haben die Deutschen in einem vorgeführten Werk nördlich von Malancourt Fuß fassen und sich zweier Häuser des Dorfes bemächtigen können.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 30. März 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Gegend von Lihons brachte eine kleine deutsche Abteilung von einem kurzen Vorstoß in die französische Stellung einen Hauptmann und 57 Mann gefangen zurück. — Westlich der Maas hatten wiederholte, durch starkes Feuer vorbereitete französische Angriffe die Wiedernahme der Waldstellungen nordöstlich von Avocourt zum Ziel. Sie sind abgewiesen. In der Südostecke des Waldes ist es zu erbitterten, auch nachts fortgesetzten Kämpfen gekommen, bis der Gegner heute früh auch hier wieder hat weichen müssen. Der Artilleriekampf dauert mit großer Heftigkeit auf beiden Maasfern an.

Leutnant Immelmann setzte im Luftkampf östlich von Sapanne das 12. feindliche Flugzeug außer Betrieb, einen englischen Doppeldecker, dessen Insassen gefangen in unserer Hand sind. — Durch feindlichen Bombenabwurf auf Metz ist ein Soldat getötet, einige andere wurden verletzt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Karocz-Sees ließen gestern die Russen von ihren Angriffen ab, ihre Artillerie blieb hier, sowie westlich von Jakobstadt und nördlich von Bidsh noch lebhaft tätig; bei Postaw ist Ruhe eingetreten.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Nichtamtlich. Wien, 30. März. (W. Z. B.) Amtlich wird verkauft, 30. März 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Stellenweise Vorpostenkämpfe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Görzischen wurde wieder Tag und Nacht heftig gekämpft. Unsere Truppen nahmen 350 Italiener, darunter acht Offiziere, gefangen. Im Abschnitt der Hochfläche von Dobers ist das Artilleriefeuer äußerst lebhaft. Auf den Höhen östlich von Selz wird um einige Gräben weiter gerungen. Ein Geschwader unserer Seelzugzeuge belegte die feindlichen Batterien an der Stobbsmündung ausgiebig mit Bomben. Im Fella- und Blöden-Abschnitte, an der Dolomitenfront und bei Riva Geschützkämpfe.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Seefer, Feldmarschallleutnant.

Wien, 30. März. (W. Z. B.) Amtlich wird verkauft: 3. März 1916.

Ereignisse zur See.

Am 29. vormittag haben vier Seelzugzeuge unter Führung des Linienschiffleutnants Konjovic Salona bombardiert und mehrere Treffer in den Batterien und Unterkünften, einem Flugzeughangar, einem Magazin und auf dem französischen Flugzeugmutterstift „Zouche“ erzielt. Tross heftiger Beschädigung sind alle unverfehrt eingedrückt.

Flottenkommando.

Alle ihre Versuche, weiter vorzudringen wurden durch unser Feuer zum Stehen gebracht. Einige Artilleriefalven östlich der Maas und in der Woivre bis Eparges. In den Vogesen haben wir deutsche Werke bei Stohweier und Münster beschossen.

Belgischer Bericht Die Tätigkeit der Artillerie ist an der belgischen Front auf beiden Seiten verhältnismäßig gering gewesen.

Die englische Meldung.

London, 30. März. (W. Z. B.) Bericht des englischen Hauptquartiers. Der Tag brachte eine kleine Mine östlich von Bebrune zur Entzündung, ohne Schaden anzurichten. Südlich von St. Eloi besetzten wir das gesamte am 27. März gewonnene Gelände.

Ein neuer Gouverneur in Paris.

Paris, 30. März. (W. Z. B.) (Havosmeldung.) In der Sitzung des Ministerrats unterzeichnete Poincaré ein Dekret, welches General Dubail zum Militärgouverneur von Paris und Oberbefehlshaber der Armeen von Paris an Stelle des Generals Raunouch ernannt, der aus Gesundheitsrücksichten sein Abschiedsgesuch eingereicht hatte.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 30. März. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 29. März. Westfront: In der Gegend von Dinaburg dauert der Kampf an. Südlich von Dinaburg stellenweise heftiges Artilleriefeuer. In der Gegend westlich des Karocz-Sees warfen wir den Feind aus dem südlichen Teil des Waldes südlich des Dorfes Polzhyce und wiesen einen folgenden feindlichen Gegenangriff durch Feuer ab. In der Gegend des Dginsk-Kanals stellenweise heftiges Infanteriefeuer. Bei dem Dorfe Somino erzwangen unsere Abteilungen die Drahtgitter des feindlichen Postens und warfen ihn aus seinen Gräben. Die Deutschen roßen auf die andere Seite des Kanals. Feindliche Flieger warfen Bomben in der Gegend der Bahnhöfe Dudzega und Luminie (55 Kilometer nordöstlich Pinsk). Auf der Front der mittleren Strypa wiesen wir Versuche des Gegners, sich unseren Gräben zu nähern, zurück.

Auf der ganzen Front ist Lauteiter eingetreten; die sumpfigen Landseengebiete sind überschwemmt. Ueberall, nicht allein in der südlichen, sondern auch in der nördlichen Gegend, bedeckt sich das Eis der Flüsse und Seen mit Wasser und taut an den Ufern auf. Das Schmelzen der sehr dicken Schneedecke auf den Bergen verurteilt in der ganzen nördlichen Gegend für die Bewegungen der Artillerie außerordentliche Schwierigkeiten.

Kaukasus: Im Raitenabschnitt hielten unsere Truppen, welche die Höhen am linken Ufer des Dgandere besetzt hatten, im Laufe der Nacht zum 27. März einer Reihe von Gegenangriffen des verarmtesten Gegners stand. Alle Gegenangriffe wurden abgewehrt; die Türken erlitten enorme Verluste und traten unter Zurücklassung von Gefangenen und einer Kanone den Rückzug an auch in der Richtung auf Erzignan machten wir Gefangene.

Die Russenschlacht im Osten bis zum 26. März.

Von Richard Gädle.

Die neun Tage vom 18. bis zum 26. März waren ausgefüllt mit außerordentlich starken Angriffen der russischen Kräfte im Nordosten gegen die Armee der Heeresgruppe Hindenburg. Nicht unbedeutend hat dieser Vorstoß eingegriffen. Seit langem war uns von der Bierverbandspresse ein allgemeiner Angriff für das Frühjahr vorausgesagt worden. Die Ankunft gewaltiger Ersatztransporte, um die Truppen vorderer Linie auf volle Stärke aufzufüllen, die Heranführung neuer Verbände, die Ansammlung des erforderlichen Schießbedarfs konnte nicht unbemerkt von unserem Nachrichtendienst und unseren Luftaufklärungen vor sich gehen.

Zu einer einheitlichen Offensive aller unserer Gegner, um uns durch ihre Masse zu erdrücken, ist es auch diesmal nicht gekommen. Daran wird die seit dem 27. März in Paris tosende militärpolitische Konferenz der Bierverbänder auch für die Zukunft nicht ändern. Denn nicht nur in den oft entgegenstehenden Interessen der einzelnen Genossen, sondern mehr noch in den Schwierigkeiten ihrer Gesamtlage, in ihren inneren militärischen, wirtschaftlichen, politischen Verhältnissen liegen große Hemmnisse einer solchen gleichzeitigen, in Ziel und Durchführung übereinstimmenden Tätigkeit. Und dann haben wir schließlich auch noch ein Wort mitzugeben.

So kam es auch diesmal, daß zunächst die im Südwesten Rußlands aufgehäuften Massen gegen die bierreichisch-ungarischen Heere in der zweiten Hälfte des Dezember und im Januar losgelassen wurden, als sich ihre Eingreifen auf dem Balkan wegen der Neutralität Rumaniens untaulich erwies. Man wollte die sich langsam am Saloniki sammelnde Armee Sarroils, wollte die Reste der Serben und Montenegriner wenigstens mittelbar unterstützen. Aber auf dem Balkan war man noch nicht bereit oder schon geschlagen, und so verpuffte der große Angriff gegen Ostgalizien und die Bukowina nach furchtbaren Opfern nutzlos im Sande. Dann kam die Offensive des Großfürsten im Kaukasus und in Persien, die unlegbare Erfolge erzielte, aber wegen der weiten Entfernung und der verhältnismäßig geringen Kräfte auf die Hauptschaufläche des Krieges keinen Einfluß ausüben konnte, zumal es zur selben Zeit den Engländern im Zraf schlecht erging.

Dann brachen die Italiener los, aber die sehr schweren Verluste ihres fünften Angriffs ließen diesen nach wenigen Tagen erlahmen und gaben unserem Bundesgenossen zu wiederholten siegreichen Gegenstößen über den Isonzo hinaus Raum, die noch heute fortbauern.

In die französisch-englischen Vorbereitungen fiel unsere Offensive in Verdun. Die Franzosen haben zu ihrer Abwehr anscheinend alle Rückhaltstruppen herangeführt, über die sie noch irgendwie verfügten, und außerdem einen erheblichen Teil ihrer Front um Arras herum den Engländern überlassen müssen, um ihre eigenen Divisionen dort herauszuziehen. Das war alles, was die braven Briten für sie taten. Zu einem Nehr mögen vielleicht die kümmerlichen Ergebnisse der Verbrennung, der nur langsam zu überwindende Wille gegen den Dienstzwang kaum die Mittel geboten haben. Man wird aber wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß auch die unbewußte und die bewußte Selbstsücht der Engländer sich dagegen sträubt, große Teile ihres Heeres in den Blutosen der Angriffsschlacht zu werfen, in der sie zu Schlacken verbrennen würden. Viele ihrer neuformierten Truppen werden der schweren Prüfung des Angriffs vielleicht nicht gewachsen sein. Es entspricht im übrigen der geschichtlichen Ueberlieferung Englands, die eigenen Heere möglichst unverfehrt zu erhalten und die Bundesgenossen bluten zu lassen.

Erst drei Wochen nach Beginn der Maaskämpfe, am 18. März, hat die russische Heeresleitung ihren großen Angriff gegen Hindenburg begonnen. Der Augen eines früheren Vorgehens sieht selbst dem Leuten derart in die Augen, daß man wohl fragen darf, warum es unternommen wurde. Die Witterung kann kein Hindernisgrund gewesen sein; sie war früher eher günstiger als gegenwärtig, wo das Tauwetter teils schon begonnen hat, teils nahe bevorsteht. Nicht also nur die eine Erklärung, daß die Russen früher nicht bereit waren. Nach dem Zusammenbruche des vergangenen Sommers hatte das riesige Zarenreich nicht die Mittel, um gleichzeitig seine Heere im Südwesten und die im Nordwesten wieder angriffsfähig zu machen. Die Mittel weder an Geschützen, noch an Schießbedarf, noch an Kleidung und Ausrüstung, noch auch an ausgebildeten Soldaten, weniger noch an Offizieren! Es ist sehr die Frage, ob die Hilfsquellen des Reiches unerschöpflicher sind als etwa diejenigen Frankreichs; die Ursachen sind bei beiden Ländern verschieden, die Wirkung ist die gleiche.

In den Zeitungen des Bierverbandes und teilweise auch in den deutschen Blättern finden sich Erörterungen darüber, welche Ziele die gegenwärtige russische Offensive wohl verfolgte. Die russischen Beurteiler äußern sich sehr verschieden; sie stellen sie nur als einen Versuch hin, die um Verdun hart kämpfende französische Armee durch den Angriff im Osten zu entlasten, ja sie wollen sich bereits mit dem moralischen Erfolg begnügen, Hindenburgs Heere durch diese Kämpfe im Atem zu halten. Aber diese Bescheidenheit ist ihnen erst im Laufe der Schlacht gekommen, als ihre verzweifelten Stürme ihnen zwar ungewöhnlich blutige Verluste, aber keinen durchgreifenden Erfolg gebracht haben. Ungewöhnlich blutig ist vielleicht nicht richtig gesagt, denn nach den Meldungen des deutschen Hauptquartiers wird man durchaus an die Verluste der furchtbaren Karpathenstürme vor gerade einem Jahre erinnert, die die Kraft der 3. und 8. russischen Armee brachen und sie zeit machten für die Niederlage, die Madensen ihnen bereitete.

Der Angriff gegen Hindenburg erfolgt mit sehr großen Massen und in einer ungewöhnlich großen Ausdehnung von 300 Kilometern; es ist ein allgemeiner Angriff aller verfügbaren Kräfte, wenn sich natürlich auch einige Brennpunkte des Kampfes herausgebildet haben, die tageweise wechseln. Hieraus geht m. E. unzweifelhaft hervor, daß die Offensive mit der festen Absicht begonnen hat, die deutschen Reihen zu durchbrechen und einen entscheidenden Sieg über sie zu errichten. Diese Offensive ist also, ohne nach rechts und nach links zu blicken, in erster Linie sich selbstzweck; sie soll das Kriegsglück wenden, und sie hofft es zu wenden — aber hoffte es doch bei Beginn der Schlacht. Die immer wiederholte Wut der Angriffe, der Einsatz gewaltiger Geschichtsmengen, das Vorziehen immer neuer Massen, sie verraten die Entschlossenheit der feindlichen Heeresleitung. Im Nordosten wird in der Tat gegenwärtig um eine ganz große Entscheidung gerungen. Die Ergebnisse des letzten August sollen rückgängig gemacht werden. Alle Abschwächungen dieser Absicht, die jetzt von den feindlichen Zeitungen versucht werden, geschehen nur in dem Wunsche, den Eindruck der Wirtserfolge zu mindern. Denn es ist gar keine Frage, daß man in Rußland, aber auch in Frankreich dem Gange der Kämpfe mit fieberhafter Spannung lauscht.

Etwas anders wird der Zeitpunkt zu beurteilen sein, an dem die russische Heeresleitung zum Angriff geschritten ist. Es kann sehr wohl sein, daß sie ihn an sich gern noch etwas verschoben hätte; manche Erwägungen sprächen dafür. Aber die Hilferufe vom Weiten her haben ein weiteres Zögern nicht rätlich erscheinen lassen, und so ist man losgebrochen. Man darf nicht daran vorbeigehen, daß der französische Senator Humbert dem Bundesgenossen verzweifelt zuruft: „Frankreich hat für alle gearbeitet, heute mögen alle für Frankreich arbeiten.“

Ob der Angriff bessere Aussichten gehabt hätte, wenn man nach gründlicher Vorbereitung später angetreten wäre, darüber brauchen wir uns die Köpfe nicht zu zerbrechen. Uebrigens hat die Wirksamkeit aller Vorbereitungen in Rußland an der Unfähigkeit und Veschicktheit der Beamten ihre Grenze.

Jedenfalls sind die ersten neun Tage der Schlacht völlig zum Nachteil unserer Gegner ausgefallen; der einzige Erfolg, den sie am 20. März auf dem äußersten rechten Flügel der Deutschen, südlich des Karocz-Sees (95 Kilometer östlich Wilna), erzielt hatten, ist ihnen am 28. März größtenteils wieder verloren gegangen. Sie wollten damals 1200 deutsche Gefangene gemacht haben, hier sind

ihnen 200 abgenommen worden. Ueberall auf der ausgedehnten Front ist also der Angriff ein Fehlschlag gewesen. Wir dürfen nach allen Erfahrungen nicht annehmen, daß die Russen ihr schon aufgegeben haben; wir haben aber auch die Erfahrung für uns, daß bisher alle Angriffe unserer Feinde im Osten wie im Westen durch ihre zeitliche Ausdehnung an Ausfällen nicht gewonnen haben. (2)

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 30. März. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Im Vermiglio-Tal zerstreute wirksame Feuer unserer Artillerie feindliche Truppen, die an Verteidigungsanlagen arbeiteten. Längs der Eisenbahnen und Straßen im Lagarina-Tal dauerten Bewegungen feindlicher Trains und Truppen fort, überall, wo es möglich war, durch unsere Artillerie behindert. Auf dem Gebirgskamm im Piana-Tal (zwischen dem Calamento und dem Campello-Tal) griffen Abteilungen von uns Gruppen feindlicher Arbeiter an und zerstreuten sie. Die feindliche Artillerie zeigte gestern lebhaftige Tätigkeit gegen die von uns eroberten Stellungen auf der kleinen Hochfläche am Freilofel und am Col Cavallo (Oberer Teil). Unsere Artillerie erwiderte wirksam und zerstreute kleine feindliche Abteilungen, welche zum Angriff ansetzten. Längs der Sponza-Front beständige Artillerietätigkeit. Auf dem Karst haben wir gestern früh feindliche Angriffe zurückgeschlagen, welche im Zusammenhang mit der auf den Höhen von Görz begonnenen Aktion versucht wurden, die in unserem gestrigen Bericht erwähnt worden ist. Zwischen Vermigliano und Nonfalcone machten Abteilungen unserer Infanterie einen Gegenangriff und nahmen dem Feinde einige Duzend Gefangene ab. Cadorna.

Zum Luftangriff auf Venedig.

Rom, 30. März. (B. Z. B.) Meldung der Agenzia Stefani. Im Laufe des feindlichen Luftangriffs auf Venedig am 27. März morgens wurden sechs Personen leicht verletzt.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 29. März. (B. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit:

Keine wichtige Operation an den verschiedenen Fronten. Am 27. März überflog eines unserer Flugzeuge die Insel Lemnos und warf vier Bomben auf einen Flugzeugschuppen des Feindes im Hafen von Mudros, welche sämtlich in dem Schuppen platzten. Flugzeugabwehrkanonen und ein im Hafen liegendes feindliches Kriegsschiff eröffneten ein Feuer auf unseren Flieger, aber wirkungslos.

Konstantinopel, 30. März. (B. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Einige feindliche Torpedobootszerstörer, die außerhalb der Meerengen bemerkt wurden, wurden von unseren Küstenbatterien vertrieben. In der Trak- und Kaukasusfront nichts Neues.

Englische Meldung über das letzte Seegefecht.

London, 29. März. (B. Z. B.) Die Admiralität teilt mit: Alle unsere Schiffe, die an den Unternehmungen gegen die deutsche Küste beteiligt waren, sind jetzt zurückgekehrt bis auf den Torpedobootszerstörer „Medusa“, der untergegangen ist, nachdem die ganze Besatzung ihn verlassen hatte. Während unsere Torpedobootszerstörer mit den feindlichen Vorpostenschiffen beschäftigt waren, wurden sie von Fliegern angegriffen; sie haben jedoch keinerlei Schaden erlitten. Von den durch unsere Schiffe versenkten feindlichen Patrouillenbooten sind folgende Gefangene eingebracht worden: Vier vom „Otto Rudolf“ und sechzehn von der „Braunschweig“.

Am Sonnabendabend sind unsere kleinen Kreuzer auf eine Division von deutschen Torpedobootszerstörern gestoßen. Einer von diesen Zerstörern ist vom Kreuzer „Cleopatra“ gerammt und in den Grund geböhrt worden. Von der Besatzung wurde niemand gerettet.

Anmerkung des B. Z. B.: Es handelt sich um das Torpedoboot, das nach der deutschen amtlichen Bekanntmachung von dem Vorstoß zur Verfolgung der englischen Schiffe nach dem Fliegerangriff am 25. März nicht zurückgekehrt ist.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 30. März. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Wie mitgeteilt wird, ist der Dampfer „Kilbride“ am 1. März versenkt worden. — Der Dampfer „Savinia Bestoll“ ist gesunken, die Mannschaft gerettet, aber der Matrosen verwundet. — Nach einer Lloydmeldung ist der russische Schoner „Ditoman“ gesunken, der Schiffer und neun Mann sind gerettet. — Beim Untergang des holländischen Dampfers „Duisland“ ist die ganze Besatzung gerettet worden.

Der Untergang der „Tubantia“.

Der Sekretär der englischen Admiralität hat eine Erklärung abgegeben, die auf folgende Tatsachen aufmerksam macht:

1. Während dieses Krieges sind sechs deutsche bronzenene Torpedos in unbeschädigtem Zustande in der Nordsee und im Kanal aufgespürt worden.
2. Die angegebenen Abmessungen, die mit Gewinde versehenen Keimen Löcher und die Jagstärke weisen sämtlich darauf hin, daß die gefundenen Metallstücke Teile der Luftkammer eines bronzenen Torpedos sind.
3. Kein Teil eines französischen oder englischen Torpedos besteht aus Metall von dieser Abmessung, Dicke und Stärke.
4. Soweit wir feststellen können, ist in jedem Falle (mit Ausnahme eines), in dem ein Schiff von den Deutschen torpediert wurde, von einem bronzenen Torpedo Gebrauch gemacht worden.

Dierzu wird amtlich erklärt: Sobald die aufgefundenen Metallteile vorgelegt werden, sollen sie deutscherseits der gewissenhaftesten Prüfung unterzogen werden; solange diese nicht abgeschlossen ist, muß ein Urteil über das Material vorbehalten bleiben.

Die amtliche Erklärung des Chefs des Admiralsstabs hat bereits festgestellt, daß von deutschen See-Strikrätzen ein Torpedo auf die „Tubantia“ nicht abgeschossen ist.

Amsterdam, 30. März. In der sozialistischen Zeitung „Het Volk“ schreibt ein gut unterrichteter Sachverständiger: Im „Handelsblad“ wurde vor einiger Zeit veröffentlicht, daß England die sogenannten Schwarzkopftorpedos, von denen eins nach der Untersuchung der Regierung zur Torpedierung der „Tubantia“ verwendet worden sein soll, nicht besitzt. Diese Art Torpedos gehöre zu einem veralteten Typ, der immer

mehr durch Torpedos ersetzt würde, welche man auf größeren Abstand lancieren kann. Da aber Unterseeboote auf kürzeren Abstand Torpedos abschicken können als Torpedoboote oder Zerstörer, hat man den alten Vorrat wieder in Gebrauch genommen. Ebenso wie Holland sie aufbewahrt hat, hat auch England diese Waffe beiseite und aufbewahrt. Wenn man die englische Erklärung genau durchliest, wird man auch finden, daß darin nicht gelugnet wird, daß England im Besitz solcher Torpedos ist.

Wiederaufnahme des holländischen Schiffsverkehrs.

Rotterdam, 29. März. (B. Z. B.) Heute sind zum ersten Male wieder die niederländischen Schiffe ausgefahren. Im Laufe des Tages fuhren elf aus, abends werden noch einige folgen.

Wiederherstellung des englisch-holländischen Kabels.

Amsterdam, 30. März. (B. Z. B.) Die hiesigen Blätter erfahren von der Direktion des Reichstelegraphenamts, daß die telegraphische Verbindung mit England wahrscheinlich in einigen Tagen wieder hergestellt sein wird. Es kann bereits wieder auf einem der Drähte des Kabels telegraphiert werden. Die Störung ist nicht auf eine Beschädigung des Kabels zurückzuführen, sondern vermutlich auf eine Störung der Landleitung in England wegen des türkischen Wetters.

Holländische Maßnahmen zum Schutze der Schifffahrt.

Haag, 30. März. (B. Z. B.) Das Marineministerium teilt mit: Die von der Regierung angekündigte Maßregel, die niederländischen Handelsschiffe auf der Route Noordhinder-Galopper Bank von zwei Schleppbooten eskortieren zu lassen, um sie gegen veranfertete Minen zu schützen, wird am Sonnabend, den 1. April, in Wirksamkeit treten. Die Schleppboote „Titan“ und „Simson“ werden am Morgen dieses Tages um 6 Uhr von einem eine Meile nördlich des Noordhinder gelegenen Punkte ausfahren und die Schiffe bis zu einem Punkte, der 51 Grad 56 Minuten 5 Sekunden nördlicher Breite und 2 Grad, 2 Minuten 5 Sekunden östlicher Länge von Greenwich, also ungefähr drei Seemeilen von der nördlichen Galopper Boje gelegen ist, eskortieren. Dort werden die Schleppboote vor Anker gehen und sie werden noch einmal nachmittags von dort aus wieder nach ihrem Ausgangspunkt zurückkehren.

Beschlagnahme der skandinavischen Post durch England.

Frankfurt a. M., 30. März. (B. Z. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Kristiania: Die gesamte Post des skandinavischen Amerikadampfers „Hesgoland“, ungefähr 800 Säcke, ist in Kirkwall beschlagnahmt worden. Dies ist das erste Mal, daß die gesamte skandinavische Post für Amerika einschließlich der Briefpost von den Engländern weggenommen wird.

Friedensstimmung in England.

Der „Berliner Volks-Zeitung“ entnehmen wir folgende Mitteilungen: „Offenbar geht jetzt in London sehr viel hinter den Kulissen vor, und es weht ein den großen Kriegs- und Siegeswörter unangenehmer Wind. „Täglich wächst die Friedensatmosphäre“, schreibt der „Labour Leader“, „ehe der Sommer vergeht, wird der Volkswind nach Frieden die volle Aufmerksamkeit fesseln.“ Nun ist der „Labour Leader“, zwar nur das einseitige Organ der englischen unabhängigen Arbeiterpartei, aber er spricht ausdrücklich von der Wendung, die in der allgemeinen öffentlichen Meinung Englands eingetreten sei. Dies könnten die Redner in den Versammlungen aller Parteien und Gesellschaften bestätigen.

Zufällig erhalten wir einen interessanten Beleg für diese Behauptung durch die Mitteilungen eines zeitweise in London lebenden amerikanischen Berichterstatters, die uns von einem gelegentlichen Mitarbeiter übermittelt werden. Der neutrale Beobachter schreibt: „Es ist merkwürdig, daß gegen Deutschland, das Eisen und Geisern gegen alles Deutsche hat einer ruhigen Stimmung und Selbstentsehung Platz gemacht. Der Umschwung in der Stimmung und Haltung der Bevölkerung ist unverkennbar. Bei allen denkenden Leuten in allen Klassen macht sich ein Gefühl der Achtung, ja der Bewunderung des Feindes geltend. In den hochbornen Klüben häufen in Piccadilly werden die englischen Soldaten und Matrosen, die von der Front und von den Seegefechten kommen, als „lebende Depeschen“ einem ausserlesenen Kreise von Requirierten vorgeführt, und sie müssen erzählen, wie stark und undurchdringbar die deutsche Eisenmauer ist, wie heldenhaft die Deutschen vorgehen, wie todesmüdig ihre kleinsten Schiffe mit überharten Gegnern anbinden. Und erst die Arbeiterversammlungen, die Zusammenkünfte der breiten Volksmassen und der dummgewürfelten Straßenmengen! Im Laufe von vierstündigen Debatten hört man kein einziges Schmähsort gegen den Feind Englands mehr. Von Belgien und dem englischen Eintritten für die „mishandelten“ Völker ist schon lange nicht mehr die Rede. Ueber das, was in Griechenland geschah und noch geschieht, hat man sich doch im britischen Volke allmählich so seine Gedanken gemacht. In einer Volksversammlung von über 8000 Personen steht ein betagter Mann, seines Reichens Werltältenführer, auf und spricht vom — „deutschen Sauerrieg“, der alles durchdringe, und der auch England bereits stärker durchdringt habe, als die regierenden Herren wahr haben möchten.“ Kein Widerspruch, kein Spott ertönt. Im Gegenteil, aus allen Ecken und Winkeln wächst die Zustimmung, der Redner wird warm und immer wärmer in seiner Begründung der Notwendigkeit einer alsbaldigen Auslösung Englands mit einem Volk, das — ich zitiere wörtlich — „vor und mehr noch in diesem Konflikt so viele Zeichen hervorragender Schaffenskraft und untadeligen Willens gegeben hat. Wir englischen Arbeiter würden uns selbst am meisten schädigen, wollten wir dazu beitragen, den Deutschen, den wir brauchen, wie das Licht zum Sehen, zu morden.“ (2)

Neue Agitation für die allgemeine Wehrpflicht.

London, 29. März. (B. Z. B.) Der Parlamentskorrespondent der „Times“ meldet: Das Unionistische Kriegskomitee hat sich jetzt ebenso wie das Liberaler Kriegskomitee für die allgemeine Wehrpflicht entschieden. Das Unionistische Komitee hat auf Antrag Sir Edward Carson beschlossen, der Regierung eine Woche Zeit zu lassen, selbst eine befriedigende Lösung der Rekrutierungsfrage zu finden. Falls das bis nächsten Dienstag nicht geschehen ist, wird Carson im Unterhause beantragen, daß eine Debatte über einen entsprechenden Antrag zugelassen wird, was unter den obwaltenden Umständen nur als Mißtrauensvotum betrachtet werden kann. Entweder sieht eine Lösung der Rekrutierungsfrage auf breiter Basis oder eine Krisis bevor. Das Unionistische Kriegskomitee besteht aus 150 Abgeordneten und umfaßt fastlich die ganze unionistische Partei im Unterhause.

Scharfe Kritik am englischen Flugwesen.

London, 28. März. (B. Z. B.) Unterhaus. Pemberton Billing erneuerte seine Angriffe auf die Regierung wegen der ungenügenden Vorkehrungen für den Luftdienst. Er wies an vielen Einzelheiten nach, daß viele der eingestellten Maschinen sehr gefährlich seien und sagte, nach einer unvollständigen Liste seien 150 Fliegeroffiziere getötet und 160 verwundet und über 108 als vermißt gemeldet. Die meisten der Flieger, die gefallen sind, könne man als Fokker-Flieger bezeichnen. Sie seien fast alle herabgeschossen worden, da die deutschen Maschinen, gegen die sie zu kämpfen hatten, unendlich überlegen wären. Obwohl man die besten Maschinen der Welt haben könnte, die nicht einmal geprüft würden, und schade damit Piloten in den Tod. Es würden Flugzeuge benutzt, bei denen die Maschine und der Propeller vorn seien, so daß der Pilot weder sehen noch schießen könne, und die Bewaffnung bestand in einem Falle aus einem Revolver und in einem anderen Falle aus einem Winchester-Repetiergewehr. Billing sagte, britische Flugzeuge würden als unbewaffnete Aeroplane nach Frankreich geschickt und dort verurteilt der lokale Schwabronschmied, sie in Kriegswaffen zu verwandeln. Es sei schlimm genug, daß die englischen Maschinen nur achtzig Meilen die Stunde zurücklegten, während die Fokkermaschinen eine Schnelligkeit von 110 Meilen hätten, nach ihrer Bewaffnung würde die Schnelligkeit der englischen Maschinen sogar auf 60 Meilen verringert.

In der Debatte sagte Sir W. Gelder: Wenn die Städte der Ostküste unverteidigt blieben und die Deutschen es erführen, so würden einige von ihnen einfach vom Erdboden verschwinden.

Lynch, Nationalist, betonte, die englischen Versuche, Luftschiffe zu bauen, seien alle fehlergeschlagen.

Hooge, Liberal, erklärte, Billing habe dem Hause soviel Material geliefert, daß man die Dinge nicht so lassen könnte wie bisher.

Unterstaatssekretär Tennant sagte, wenn Esquith zurückkehre, werde er ihm vorschlagen, eine Kommission einzusetzen, um die Ausgaben Pemberton Billings zu prüfen.

Verhaftung englischer Streikführer.

London, 28. März. (B. Z. B.) Unterhaus. In Abwesenheit Lloyd Georges gab Unterstaatssekretär Addison folgende Erklärung über die Lage am Elbe ab: Im Januar sandte der Munitionsdminister eine Kommission nach dem Elbegebiete, um die Zulassung von ungelerten Arbeitern in die Betriebe zu erwirken; diese war im ganzen erfolgreich, aber in der letzten Woche wurde in einigen der wichtigsten Munitionswerke eine Reihe von Streiks organisiert, und gegenwärtig werden energische Versuche gemacht, die Streiks auszudehnen. Die Streiks waren von einem Komitee organisiert, das vor zwei Wochen beschloß, die wichtigsten Munitionswerke zum Stillstand zu bringen, um die Regierung zu zwingen, das Dienstpflichtgesetz und das Munitionsgesetz und alle Bestimmungen aufzuheben, die sich auf Lohnerhöhung und Streiks in den Werken beziehen, die unter Staatskontrolle stehen. Die Streiks begannen am 17. März. Es wurde eine systematische Streikpolitik verfolgt, um die Herstellung eines bestimmten schweren Geschützes und von Geschützmontierungen zu hindern, die dringend bestellt waren. Etwa tausend Mann traten in den Aufstand. Am Freitag war die Lage so, daß der Munitionsdminister direkt einschreiten mußte. Er forderte die Militärbehörden auf, je sechs der Rädelsführer festzunehmen. Die Leiter der Werkschließungen hatten sich gegen die Agitation zum Streik ausgesprochen. Addison sagte auf eine Frage, die sechs Verhafteten seien aus dem Elbegebiet entfernt worden, und dürften sich in gewissen anderen Bezirken aufhalten.

Eine schwedische Rüstungsvorlage.

Stockholm, 30. März. (B. Z. B.) Der schwedische Reichstag hat nahezu ohne Widerspruch die Forderungen des Kriegsministers für die Landesverteidigung bewilligt. Ein Antrag auf Einschränkung von Seiten der Sozialdemokraten, den man erwartet hatte, unterblieb.

Die deutsch-brasilianischen Beziehungen.

Berlin, 30. März. (Z. U.) Angesichts der neuerlich wieder auftretenden Gerüchte über eine ungünstige Gestaltung der deutsch-brasilianischen Beziehungen erzählt die „Telegraphen-Union“ von autoritatöser Seite, daß alle derartigen Vermutungen ohne die geringste Begründung sind. Die deutsch-brasilianischen Beziehungen sind nach wie vor durchaus freundschaftlich, und es liegt keinerlei Anlaß zur Annahme vor, daß hierin eine Veränderung eintreten könnte. Die Verhandlungen über die 120 Millionen mit dem Staate Sao Paulo in Sachen des mit diesem Staate abgeschlossenen Kaffee-geschäfts haben zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis geführt und es ist volle Gewähr gegeben, daß auch etwa andere noch schwebende Fragen in der gleichen, durchaus korrekten Form gelöst werden werden.

Kriegsbekanntmachungen.

Feldpostanweisungen an Heeresangehörige.

Berlin, 30. März. (B. Z. B.) Zu Feldpostanweisungen an Heeresangehörige werden vielfach unrichtige Postanweisungen vordrucke benutzt, was bei der Prüfung der Postanweisungen nach der Auszahlung zu erheblichen Schwierigkeiten führt. Die Reichs-Postverwaltung hat deshalb angeordnet, daß die besonderen dunkelblauen und hellbraunen Vordrucke zu Feldpostanweisungen vom 1. April ab nur noch zu Postanweisungen an mobile Truppen in Orient der besetzten feindlichen Gebiete benutzt werden. Zu Postanweisungen an Truppen in festen Standorten (Garnisonen, Lazaretten usw.) im Inlande sind dagegen die gewöhnlichen rosafarbenen Vordrucke für die inländischen Postanweisungen zu verwenden, wobei über dem Aufdruck „Postanweisung“ das Wort „Feld“ zu vermerken ist.

Letzte Nachrichten.

Zum Untergang der „Provence“.

Frankfurt a. M., 30. März. (B. Z. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Genf unterm 30. März: Wie wir von zuverlässiger Seite aus Paris hören, gibt man im französischen Marineministerium jetzt offen zu, daß an Bord des am 26. Februar im Mittelmeer versenkten französischen Hilfskreuzers „Provence“ viertausend (4000) Mann waren. Die Besatzung der „Provence“ setzte sich zusammen aus dem Stab der dritten Kolonialinfanteriearmee, dem dritten Bataillon, der zweiten Kompanie des ersten Bataillons, der zweiten Maschinengewehrkompanie und noch einer anderen Kompanie. 296 Ueberlebende wurden nach Malta gebracht und ungefähr 400 Gerettete nach Nilos. Der übrige größte Teil der Besatzung ist untergegangen.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre Textilarbeiterverband.

In den Organisationen, die auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken können, ist heute auch der Textilarbeiterverband getreten. Am 31. März 1891 beschloß ein Kongreß der bis dahin nur lokalorganisierten Textilarbeiter, der in Pöthen tagte, die Gründung eines Zentralverbandes. Es war ein schweres Werk, das der jungen Organisation zu tun anvertraut war. Ein Jahr nach der Gründung zählte sie 3500 Mitglieder. Aber unermüdlich wurde die schwierige Organisationsarbeit weiter getrieben und bei Ausbruch des Weltkrieges zählte der Textilarbeiterverband nicht weniger als 140 000 Mitglieder, unter denen allein 53 000 weibliche waren. Im Jahre 1908 erweiterte der Verband seine bestehenden Unterstützungsrichtungen um das wichtige Glied einer Arbeitslosenunterstützung. Welche Bedeutung diese in kurzer Zeit erlangte, mag man daran erkennen, daß der Verband seit Gründung dieses wichtigen Unterstützungsweiges bis zu Ende des Jahres 1914 nicht weniger als 13 000 500 M. für Unterstützungswecke verausgabte. Daß er das konnte, ist ein Beweis für die gesunde Grundlage, auf der das gesamte Verbandsgebäude aufgebaut worden ist.

Wie jede echte Arbeiterorganisation hatte auch der Textilarbeiterverband zahllose schwere Kämpfe zu führen, um seinen Mitgliedern eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Namentlich auf die Verkürzung der in der Textilindustrie in Anlehnung an das alte Handwebereisend überlangen Arbeitszeit mußte um so mehr Gewicht gelegt werden, als die Industrie zahlreiche Arbeiterinnen beschäftigt, für welche die lange aufreibende Tätigkeit eine besondere körperliche Schädigung bedeutete, die auch die kommende Generation schädigen mußte. Von allen diesen Kämpfen ist wohl am meisten in Erinnerung aller Arbeiter der heldenhafte Jehnstundenkampf, den 1908 die schrittweise Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen führen mußten. 23 Wochen dauerte dieser Kampf, den die deutsche Arbeiterchaft mit bis dahin unerhörten Mitteln unterstützte und den die organisierte Arbeiterchaft der ganzen Welt mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte. Formell blieben die Unternehmer Sieger in diesem Kampfe. Aber wie er viel Leidenschaften erweckt hat, hat dieser Kampf auch die verhüllende Dede von schlimmen Zuständen gerissen, die vorher der Öffentlichkeit unbekannt geblieben waren. Und schließlich blieben die Textilarbeiter doch die Sieger. Der Jehnstundenkampf fand mehr und mehr Eingang in die Textilindustrie, bis er am 1. Januar 1910 Gesetz wurde für alle Betriebe, die mindestens zehn Personen beschäftigen. Daß damals schon 100 000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen den Jehnstundenkampf errungen hatten, verdankten sie ihrer Organisation, verdankten sie dem Textilarbeiterverband.

Am Jubeltage des Verbandes, der leider in eine schwere Zeit fällt, bringen auch wir ihm unsere Glückwünsche dar. Möge er so weiter von Erfolg zu Erfolg schreiten, wie er es bisher schon getan, und möge es ihm gelingen, auch die noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen des Textilberufes unter seinen Fittigen zu vereinen, zu seiner Größe und zu ihrem Heile!

Berlin und Umgegend.

Die A. G. G. und ihre Angehörigen.

Dem Bund der Technikindustriellen Beamten, dem Deutschen Technikerverband, dem Deutschen Westinghouseverband, dem Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte, dem Maschinenbau-Beamtenverein, dem Verband der Bureauangestellten, dem Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, dem Verein der deutschen Kauf-

leute, dem Verein für Handlungsformeln von 1888 und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen war zum Mittwochabend nach dem in der Chausseestraße belegenen Germania-Etablissement eine Versammlung der kaufmännischen und technischen Angestellten der A. G. G. berufen, um zu der Besoldungsfrage Stellung zu nehmen. Der große Saal und die Galerien waren von weiblichen und männlichen Angestellten dicht gefüllt. Der Vertreter des Deutschen Technikerverbandes, Karl Müller, führte in längerer Rede aus: Die Gehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten der A. G. G. belaufen sich auf 150 bis 250 M. monatlich, während die Arbeiter bei der A. G. G., insbesondere die Schlosser und Maschinenbauer monatlich 250 bis 600 M. verdienen. Diese höheren Löhne entsprechen den großen Verdiensten, die die deutsche Industrie im allgemeinen und die A. G. G. im besonderen infolge des Krieges erzielt habe. Fast alle deutschen Industriegesellschaften, auch die A. G. G. verteilen eine wesentliche höhere Dividende als im Vorjahre, aber die Gehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten haben nicht die geringste Erhöhung erfahren. Es sei wohl eine Zuerkennung gegeben worden, diese entsprach aber in keiner Weise den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen. Es habe den Anschein, daß die Steigerung sich fortsetze und nach Friedensschluß noch anhalten werde. Gewiß sei es erweislich, wenn die deutsche Industrie gute Geschäfte mache. Die kaufmännischen und technischen Angestellten, denen an dem Aufblühen der Industrie ein wesentliches Verdienst gebühre, seien aber berechtigt, zu verlangen, daß ihre Besoldung ihnen ermöglicht, sich mit ihrer Familie wenigstens satt zu essen. Das vermögen sie aber seit langer Zeit nicht mehr, da auch Wohnungsmiete, Kleidung, Schuwerk, sowie alle weiter zum Leben notwendigen Bedürfnisse um 100 Proz. und mehr gestiegen seien. Die kaufmännischen und technischen Angestellten seien weit davon entfernt, den Arbeitern ihre hohen Einkommen zu mißgönnen. Im Gegenteil, sie freuen sich, daß den Arbeitern vermögensehrer Organisationen es gelungen sei, derartige Erfolge zu erzielen. Die kaufmännischen und technischen Angestellten wollen aber an den Kulturerrungenschaften als Gleichberechtigte teilnehmen und sich die Organisation der Arbeiter als Vorbild dienen lassen. (Stimmlicher Beifall.) — In der folgenden Ansprache bemerkte Hr. Zeinig als Vertreter des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte: Den weiblichen Angestellten werde zumeist trotz gleicher Leistungen die Hälfte des Gehalts der Männer gezahlt, obwohl die weiblichen Angestellten vielfach mehr Angehörige, die im Heide stehen, unterstützen müssen und unter der juchendsten Zerstörung doch ebenfalls leiden. — Schließlich als Vertreter des Bundes der techn. Industriellen Beamten und Betriebsingenieur D. H.endorf führte aus: Es könnte der Vorwurf erhoben werden, durch die Versammlung werde der Vergriedenheit gefördert. Die kaufmännischen und technischen Angestellten beschuldigen keineswegs eine solche Stimmung, sie seien auch im Interesse des Vaterlandes zu jedem Opfer bereit. Sie wollten aber mit ihren Familien nicht hungern, während die Industrie, an deren Aufblühen ihnen ein wesentliches Verdienst gebühre, hohe Gewinne erziele. Unterernährung weiter Volksteile gefährde den Vergrieden in hohem Maße. — Es wurde schließlich einstimmig beschlossen, das Direktorium der A. G. G. zu ersuchen, eine Zulage, den Lebensverhältnissen entsprechend, ihren kaufmännischen und technischen Angestellten zu gewähren.

5000 Mark Arbeitslohn in einer Sitzung erwirkt.

Innschätz diese Summe erhielten tagende Arbeiter und Arbeiterinnen in der letzten Sitzung der Schlichtungskommission als Nachzahlung teils durch Vergleich, teils durch Urteil ausgeprochen! „Dann müssen Sie alles arbeiten, wenn Sie nicht bestehen können mit der Beschäftigung von Arbeitern!“ Diese Antwort muß fast in jeder Sitzung mehrere Male solchen Unternehmern erteilt werden, welche die Nichterhaltung des Tarifs damit begründen, daß sie bei tarifmäßiger Entlohnung ihrer Arbeiter nicht bestehen könnten. Den Arbeitern wird somit zugemutet, zu Hungerlöhnen zu arbeiten, damit andere Profit aus ihnen herausziehen können.

In einem speziellen Falle wurde gegen einen Wirtschaftsmann auf Nachzahlung gefordert. Es handelt sich um Militärhosen, in der Hauptsache um Reithosen, zum kleineren Teil um Zuchthosen. Der Beklagte hat Frauen auf Zellarbeit beschäftigt und erheblich zu wenig gezahlt, so daß von den Mägeninnen der zu zahlende Nachbetrug auf beide Sorten Hosen verteilt, mit 36 St. pro Stück be-

rechnet wurde. Gefragt wurde für die Zeit vom 1. Januar d. J. ab. Die Summe betrug 290,00 M. Da der Beklagte trotz allen Zuredens sich nicht vergleihte und auch seine Auftraggeber nicht nennen wollte, mußte auf kostenpflichtige Gerurteilung erkannt werden. Der Vorsitzende gab ihm außerdem folgenden Rat:

„Es ist mir mitgeteilt worden, daß Sie gefragt haben, Sie zahlen doch keinen Steuern. Das ist ungebührig. Haben Sie innerhalb 8 Tagen nicht 290,00 M. abgeliefert, so zeigen wir Sie beim Oberkommando an!“

Für einige Arbeiterinnen klagte der Kürschnerverband gegen die Zwischenschlichterin Gottschalk und den Unternehmer Walter. Der Fall hat schon einmal die Kommission beschäftigt. Da die Beklagte ihre Auftraggeber nicht nennen wollte, im übrigen auch die Rechtmäßigkeit der Klage bestritt, nahm eine Unterkommission eine Prüfung der Bücher vor und befand alle in der Klage enthaltenen Angaben für richtig. Die Beklagte hat circa 7 Frauen beschäftigt und für viele Arinnen gearbeitet.

Sie wurde kostenpflichtig verurteilt, an die Mägeninnen 2008,80 M. nachzuzahlen. Der Unternehmer Walter muß an sie aber im Negativ 208,88 M. entrichten. Außerdem wurde der Beklagten anheimgegeben, auch die anderen Auftraggeber regrechtmäßig zu machen, damit sie so zu ihrem Gelde kommen.

In einem anderen Falle klagte ebenfalls der Kürschnerverband mit einem Erfolg, daß der Beklagte im Vergleich sofort 500 M. an Freie ausschändigte.

Die Berliner Kürschner erörtern seit einiger Zeit die Frage der Schaffung eines Reichstarifs. Gegenwärtig gibt es wohl örtliche Tarife, die aber erheblich voneinander abweichen und auch nicht überall beachtet werden. In Berlin werden die Tariflöhne im allgemeinen bezahlt. Die große die Unterschiede der Lohnsätze in den verschiedenen Teilen des Reiches sind, ergibt sich daraus, daß dieselbe Arbeit, für die es in Berlin 1,15 M. gibt, in badischen Orten der Kürschnerindustrie mit 0,95 M. bezahlt wird. Eine derartige Lohnunterschied kann nicht durch die Unterschiedlichkeit der Lebenshaltung in den betreffenden Gegenden gerechtfertigt werden. Löhne wie sie in Baden und auch anderswo gezahlt werden, sind Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes. Die Berliner Kürschner sind der Meinung, daß die unerbittlich niedrigen Löhne aufgebessert werden müssen und daß dies durch die Schaffung eines Reichstarifs erreicht werden könnte, der nach dem Vorbilde des für die in Kraft getretenen Reichstarifs der Korbmacher drei Lohnklassen vorklärt, die nach Ertragsgruppen abgeteilt sind. Die Berliner Kürschner haben einen dahingehenden Vorschlag ihrer für die Branchen im ganzen Reich zuständigen Zentralkommission unterbreitet. Aber die Zentralkommission ist der Meinung, ehe nicht die jetzt bestehenden Tarife allgemein zur Anerkennung gebracht worden seien, habe der Gedanke des Reichstarifs keine Aussicht auf Verwirklichung. — Die letzte Branchenversammlung der Berliner Kürschner beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und beschloß, sich nochmals an die Zentralkommission zu wenden mit dem Wunsch, sie möge Schritte zur Schaffung eines Reichstarifs tun, damit die Lohnverhältnisse in der Kürschnerindustrie Deutschlands aufgebessert werden, damit die Kürschner auf einen gewissen, den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Mindestverdienst rechnen können.

Aus Industrie und Handel.

Reichsverteilungsgesetze für Papier in Sicht.

Die Papierpreise sind mit unglaublicher Schnelligkeit im Durchschnitt auf das Doppelte der Friedenspreise gestiegen, in einzelnen Fällen ist die Preissteigerung eine drei- bis vierfache gegenüber dem normalen Stande. Eine größere Anzahl von Papierarten sind heute überhaupt nicht mehr herstellbar, weil die nötigen Rohstoffe fehlen und die Arbeitskräfte mangeln. Die sonstigen Dispositionen wie zum Beispiel Holz, für die Fabriken fehlen; auch die Leimbefähigung ist eine überaus schwierige. Um den Papierverbrauch möglichst rationell zu gestalten und sich mit den notwendigen Rohstoffen gleichmäßig zu versehen, haben die deutschen Verleger eine Reichsverteilungsgesetze gegründet. Demnächst dürfte auch eine Reichsverteilungsgesetze zur Verteilung der für die Papierfabrikanten notwendigen Rohstoffe ins Leben gerufen werden.

Osterweine Santa Lucia

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
8 Uhr: **Der Riborgs.**
Sonntags 7 1/2 Uhr: **Acabeth.**
Sonntags 9 1/2 Uhr: (kleine Pr.): **Hannet.**

Kammerspiele.
8 Uhr: **Gyges u. sein Ring.**
(In der Neuinstudierung.)
Sonntags: **Der ungeheilte Kranke.**
Hierauf: **Ballad.**
Nachm. 3 Uhr: **Tausend Mädchen.**
Sonntags nachm. 2 1/2 Uhr: (kleine Pr.): **Die deutschen Kleinstädter.**

Volkstheater, Theater a. Bülowpl.
8 1/2 Uhr: **Fuhrmann Henschel.**
Dir. Heinrich Bernauer.

Theater i. d. Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: **Ein Trauerspiel.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Kameraden.**

Berliner Theat.
8 Uhr: **Was zwei Hochzeit machen.**

Sessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
8 Uhr: **Die gutgeschchnittene Ecke.**
(Albert Bassermann.)
Sonntags und Sonntags:
Die gutgeschchnittene Ecke.

Deutsch. Künstler-Theater.
8 Uhr: **Die selbige Exzellenz.**

URANIA
Taubenstr. 18/19.
8 Uhr:
Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: **Ich lasse Dich nicht.**
Sonntags 4 Uhr: **Max und Moritz.**
8 1/2 Uhr: **Operette Alwin Neuß: Die goldene Eva.**

Casino-Theater
Lohninger Str. 57. 8 1/2 Uhr:
Neu! Neu!
Das erste Holländische in dieser Gattung!
Die Vogelschende.
Dazu das neue Märzprogramm.
Sonntags 4 Uhr: **Sein Vater.**

Luisen-Theater
8.15 Uhr: **Muttersegen.**
15
Sonntags
8.15 Uhr:
Sonntags
4 Uhr:
Sie weiß etwas
Max und Moritz.

Walhalla-Theater.
6 Uhr: **Es gibt nur ein Berlin.**
Sonntags nachmittags: **Grizel.**

WINTERGARTEN
Letzter Tag
des
März-Spielplans!
Operette
Spezialitäten
Kino
Frühjahrspreise
(wochentags inkl. Steuer):
Parkett-Pant. 1.-3. Reihe 4.-
4.-5. 3.-
Parkett 2.- u. 3.- 1.50
Reservierter Platz . . . 1.-
Eintritt 0.50

Curas-Busch
Täglich 8, Sonntags 9 1/2, u. 8 Uhr:
2000 Stk. (amer. Belg. Arbeitspferd
Gottlieb L. Sch. Schul. ger. u. Patent)
Eiweiß in seinen ungleichlichen
Entwicklungs-Produkten!
4 Renolis, am Lustbad.
Elise Marions, der lebende Weller!
3 Jalousies, Glasaufhängen.
Nur noch kurze Zeit:
Das so beispiellos, Erfolg erzielte
und noch immer beliebte
Mysterienspiel
Ein Wintermärchen.

Volgt-Theater.
Badstr. 55. Badstr. 55.
Freitag, den 31. März 1916:
Alt-Heidelberg
da seine.
Sonntags 8 Uhr: **Genoveva.**
35 Montag:
Stolz und Liebe oder Graf Waldemar.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Amt. 8 Uhr.

Theater für Freitag, den 31. März.

Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: **Die Fledermaus.**

Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
Zum 50. Male:
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Gubr. Herrnfeld-Theater
8 Uhr: **Sokrates und Perikles.**
Morg. z. 1. M.: **Der Schloßhül.**

Kleines Theater.
9 Uhr: **Logierbesuch.**

Komische Oper.
8 Uhr: **Jung und man sein.**

Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: **Der Gatte des Fräuleins.**

Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia)
Sonntags 3 Uhr: **Wiener Blut.**

Montis Operetten-Theater
7 1/2 Uhr: **Der selbige Balduin.**
2. 1. 30.

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: **Loge No. 7** m. Henry Bender.
Sonntags 9 1/2 Uhr: **Die Frühglück.**
Hochzeitreise.

Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Ultimo.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Die helle Residenz.**

Thalia-Theater.
8 Uhr: **Blondinchen.**

Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: **Immer feste druff!**

Theater des Westens
8 Uhr: **Das Fräulein vom Amt.**
mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: **Die beiden Meyers.**

Touristenverein
„Die Naturfreunde.“
Ortsgruppe Berlin.
Sonntag, den 2. April 1916:
◆ **Bunter Abend** ◆
zum Besten unserer Musik- und Volkstanz-Abteilungen
in den **Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21**
Mandollnen- u. Gitarrenkonzert, Lieder zur Laute, Volkstänze.
Saalöffnung 5 Uhr. Beginn 8 Uhr. Kleiderablage 20 Pf.
Programm 30 Pf. zu haben bei Otto Winkelmann, Libauer Str. 9 r. 38. III.; Sporthaus Hansen, Köpenicker Str. 108-109; Max Scharf, Sebastianstr. 42; Horsch, Engelauer 15.
Ein Verkauf im Lokal findet nicht statt!

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Große vaterländische Bismarckfeier**
zur 101. Wiederkehr des Geburtstages unseres Reichskanzlers.
Mitwirkende: Frau Kammerängerin Boehm v. Endert, Fr. Gertrud Hinderhage aus Berlin, Herr Arnold Rieck vom Thalia-Th., Herr Heinrich Niggemeyer v. Stadt-Th. in Düsseldorf, der Kriegsgeschor 1914 (Chordir. Herr Karl Nipkow), die Militär-Hochschulkapelle unter personal. Leit. des 1. Armee-Musikinspektors Herrn Prof. Grewer, die Berliner Konzerthauskapelle unter Leit. des Herrn Frz. v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Eintrittskarten zu 50 Pf. u. 1 M. Der Vorverkauf findet statt bei Bote & Beck, Leipziger Str. 37 u. Tauentzienstr. 7, bei A. Wertheim, in der Geschichtsstelle des Bundes und des Frauenhilfs-Ortskorps, Bellevuestr. 21-23 u. Potsdamer Str. 1, in den mit Plakaten belegten Handlungen und im Berliner Konzerthaus. Alle Vergünst. aufsehn!
Zy. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Stergu 1 Beilage u. Unterhaltung.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum 156. Male:
„Die von der Emden.“
Für Militärpersonen
kosten frei
Eintritt zu den
Anfang 8 Uhr
Statt. Sängern.

Palast
Tägl. 8 Uhr, Sonntags 3 1/2, u. 8 Uhr.
Letzter Tag!
Otto
Desmond
B. Mörbitz Lene Land
u. das Nissen-März-Programm
12 erstklassige Nummern 12

Admiralspalast
Großes
Eis-Ballett
Nur noch einige Tage
Das gegenwärtige Programm.
1/8 Uhr 2. 3. 4 M.
Vorzügliche Küche!

Possen-Theater
Linienstraße, a. d. Friedrichstr. 87.
Kobis Abenteuer
Der große Augenblick
mit Leonhard Haskel
und Siegfried Berisch
Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Die Parteipresse zur Fraktionspaltung.

IV.

„Sächsisches Volksblatt“ (Zwickau):

Nirgends wird man finden, daß jemals der Vorsitzende irgend einer Partei so treulos und schamlos an seinen Fraktionskollegen und damit an seiner Partei gehandelt hätte, wie es Haase getan.

Wir wollen hier ganz davon absehen, was er schließlich gesprochen hat. Die Moral aller Zeiten und Völker brandmarkt den Verrat an Freunden. Und ein Verrat an seinen bisherigen Freunden ist Haases Hinterhältigkeit.

„Brandenburger Zeitung“:

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Breslauer „Volkswacht“:

Zu der schließenden Krise, die gegenwärtig zwischen den Reichsparteien und gewissen Regierungsstellen herrscht, ist über Nacht ein Ausdruck der Streitpunkte in unserer eigenen Partei gekommen.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Frankfurter „Volkstimme“:

Haase und seine Freunde haben den stärksten Disziplin- und Treubruch gegen ihre eigenen Parteigenossen begangen, den man sich denken kann; aber sie würden sich rechtfertigen können, wenn sie im allgemeinen und höheren Interesse des Reiches gehandelt hätten.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Rarisbrüher „Volkstfreund“:

Nun haben die Parteiverführer das so lang ersehnte Ziel erreicht. Ihr Hauptling hat in der gestrigen Reichstagsfraktion eine Standpauze provoziert, wie sie sich bisherlicher noch in keinem deutschen Parlamentarismus ereignet hat.

glaubt, damit sich und seinem Günstigen Betreuer einen Dienst geleistet zu haben, so befindet er sich in einem großen Irrtum. So kann in einem solchen Augenblick nur jemand sprechen, der keine Spur von Empfindung für vaterländische Pflichten hat.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

rungen mit der Haftartensteuer hätte man eine solche Vorlage nicht erparten sollen. Es sei sehr wohl möglich, daß die ganze Wehrbeitrag durch den Verkehrsbeitrag aufgezehrt werde.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die neuen Steuern in der Kommission des Reichstags.

Die Steuerkommission begann am Donnerstag mit der Beratung der außerordentlichen Postabgaben. Der Berichterstatter Dr. Biemer (Sp.) gab einleitend eine Uebersicht über den Zweck und die Tragweite der Vorlage.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Die tiefbedauerliche Tatsache, daß die Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei zur Spaltung unserer Reichstagsfraktion geführt haben, läßt uns die Hoffnung dennoch nicht verlieren, daß die Gesamtpartei in alter Einheit wieder zusammensteht.

Politische Uebersicht.

Regierung und Selbstverwaltung. (Amtlich.) Der preussische Minister des Innern hat soeben durch eine Rundverfügung an die Regierungs- und Oberpräsidenten die Stellung der Staatsaufsichtsbehörden zur Selbstverwaltung in der folgenden Richtung geregelt.

teist haben, wenn sie sich der im Kriege hervorgetretenen Notwendigkeit zu gemeinschaftlichem Ausbau unserer Volkswirtschaft anpassen und zahlreiche neue Aufgaben auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege übernehmen konnten, so danken sie das jener Kraftquelle, die vor einem Jahrhundert, gleichfalls in schwerer Zeit, durch die preussische Städteordnung erschlossen und von da aus den andern öffentlichen Körperschaften zugeführt worden ist — der Selbstverwaltung. Niemand hätte es diesen Körperschaften gelingen können, den gewaltigen Aufgaben des Krieges in solchem Maße gerecht zu werden, wenn ihnen nicht die Selbstverwaltung die Möglichkeit freier Entschliebung und das stärkende Bewußtsein eigener Verantwortung gegeben hätte. Darum muß es die Aufgabe der Staatsregierung sein, in den Gemeinden und Gemeindeverbänden weiterhin das kostbare Gut der Selbstverwaltung zu wahren und nach Möglichkeit zu mehren.

Die sich Art und Umfang der Gemeindeaufsicht einer gesetzlichen Begriffsbestimmung entziehen, so kann es auch nicht meine Aufgabe sein, diese Aufsicht durch allgemeine Anordnungen zu regeln. Vielmehr gilt es, den Geist dieser Aufsicht dem Geiste der Selbstverwaltung anzupassen. Nieht die Selbstverwaltung auf dem ethischen Boden der Selbstverantwortung, so muß die Aufsicht bei allen ihren Maßnahmen von der Achtung vor der Verantwortlichkeit der Gemeindeorgane ausgehen und auf ihre Stärkung abzielen.

Dies vorausgeschickt, mag hier im einzelnen auf diejenigen Obliegenheiten der Aufsichtsbehörden hingewiesen werden, die Bestätigungen, Genehmigungen, Beschwerden, Nachforschungen oder Anregungen zum Gegenstande haben.

Bei Bestätigungen gemeindlicher Wahlen darf die Aufsichtsbehörde nicht von der Fragestellung ausgehen, ob der Gewählte nach ihrer Auffassung der rechte Mann für den Posten sei, auf den er gestellt werden soll, sondern von der anderen Fragestellung, ob die Wahl mit der Verantwortung der wählenden Körperschaft überhaupt vereinbar und vom Standpunkte des Staatswohls erträglich erscheint.

Bei der Genehmigung von Gemeindebeschlüssen soll die Aufsichtstätigkeit auf die Prüfung der Uebereinstimmung der Beschlüsse mit den gesetzlichen und neben den Gesetzen geltenden Bestimmungen beschränkt bleiben unbeschadet der besonderen staatlichen Interessen, die bei der Aufsicht über die Gemeindefinanzen obwalten oder die durch die Gewährung staatlicher Zuschüsse zur Erfüllung gemeindlicher Aufgaben gegeben sind.

Beschwerden gegen Gemeindeverwaltungen sollen von der Aufsichtsbehörde einer Berichterstattung durch die Gemeindebehörden dann nicht unterworfen werden, wenn sich schon aus dem Inhalte ergibt, daß die Gegenstände der Beschwerde dem Gebiete der reinen Selbstverwaltung angehören, und daß vom Standpunkte des Staatswohls kein Interesse an einer Aufklärung des Tatbestandes vorhanden ist. Vielmehr soll in solchen Fällen der Beschwerdeführer ohne weiteres dahin befriedigt werden, daß für die Aufsichtsbehörde kein Anlaß zur Aufklärung oder zum Eingriff gegeben sei.

Auf Pressmeldungen oder auf Gerüchte hin ist nur dann Bericht durch die Aufsichtsbehörde einzufordern, wenn die Angaben ernsthaft erscheinen und der Fall besondere Wichtigkeit beansprucht. In diesen und ähnlichen Fällen wird sich übrigens häufig der Weg telephonischer oder persönlicher Aufklärung empfehlen.

Anregungen allgemeiner Natur werden sich am fruchtbarsten erweisen, wenn sie sich an die freien Vereinigungen der verschiedenen Gemeindeverbände, insbesondere der Städtetage, Vereinigungen der Landgemeinden, Bürgermeistereien, Amtsverbände usw. richten und diesen zur Erörterung und Prüfung überwiesen werden.

Bei Beobachtung dieser Winke wird das Vertrauensverhältnis, das zwischen Aufsichtsbehörde und Gemeinde oder Gemeindeverband obwalten muß, an Zuverlässigkeit gewinnen. Zur Pflege dieses Vertrauensverhältnisses ist die dauernde persönliche Fühlung zwischen den Vertretern der Gemeindekörperschaften einerseits und der Aufsichtsbehörde andererseits unerlässlich.

Ich lege den größten Wert darauf, daß die vorstehende Verfügung zum Schutze der Selbstverwaltung gerade in den jetzigen Zeiten angestrengter gemeinsamer Tätigkeit für das Wohl des Staates von allen Gemeindeaufsichtsbehörden streng beachtet wird.

Herrenhaus und Hausbesitzer.

Die Donnerstagssitzung des Herrenhauses zog sich länger hin, als nach der Tagesordnung anzunehmen war. Es ist gewiß anzuerkennen, daß das Herrenhaus den ihm zugehenden Petitionen Aufmerksamkeit zuwendet und sie regelmäßig erledigt, während Reichstag und Abgeordnetenhaus kaum noch dazu kommen. Es sei auch verzeichnet, daß das Herrenhaus eine Petition um Heraushebung des steuerfreien „Erzstanzminimums“ von 900 auf 1200 M. der Staatsregierung als Material überwies. Allerdings ist das Verlangen dieser von dem ehemaligen reichsparteilichen Reichstagsabgeordneten für Elberfeld, Vizepräsidenten der Petition mehr als bescheiden. Das haben 1200 M. heute noch für eine Kaufkraft!

Bei einigen Hausbesitzerpetitionen gegen weitere Steuerbelastung und gegen gemeindlichen Umsatz- und Zuwachsteuer klagte der Fürst Salm-Horstmar erschlatternd über die Notlage der Hausbesitzer, wobei er nicht unterließ, seine geringe Befriedigung über die Kriegsgewinnsteuer auszusprechen. Aber die „notleidenden“ Hausbesitzer werden doch keinen Kriegsbürgerschwachs zu versteuern brauchen! Einige Oberbürgermeister, die die Dinge doch auch kennen, traten diesen Uebertreibungen entgegen.

Freitag wird das Fischereigesetz in der vom Abgeordnetenhause abgeänderten Fassung angenommen werden.

Bundesratsbeschlüsse.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend den Absatz von Rasttagen, der Entwurf einer Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren und der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Aenderung des Süßstoffgesetzes vom 7. Juli 1902.

Die Freigabe des Süßstoffes.

Amtlich. Berlin, 30. März, (B. L. B.). Der Bundesrat hat durch eine am 1. April 1916 in Kraft tretende Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, weitere Zusätze von den Vorschriften des geltenden Süßstoffgesetzes zuzulassen. Von dieser Ermächtigung wird insoweit Gebrauch gemacht, als Zucker lediglich zu Genußzwecken verbraucht wird, als Nahrungsmittel aber nicht in Betracht kommt. In Aussicht genommen ist vorerst die Freigabe von Süßstoff für die Per-

sonen von Simonabern. Die Kontrolle des Verbrauchs und die Verteilung des Süßstoffes wird durch eine noch bekanntzugebende Zentralstelle erfolgen. Der Preis des Süßstoffes, den die Verbraucher zu zahlen haben, wird voraussichtlich dem jeweiligen Zuckerpreise entsprechend festgesetzt werden.

Verteuerung der Textilwaren.

Amtlich. Der Bundesrat hat eine Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren erlassen. Die von den stellvertretenden General-Kommandos gleichzeitig mit der Beschlagnahme von Textilien am 1. Februar 1916 erlassene Bekanntmachung, betreffend Preisbeschränkungen im Handel mit Textilien, sollte wucherischen Preistreibern beim Verkauf von Textilwaren im Augenblick der Beschlagnahme einen wirksamen Niegel vorziehen; sie hat ihre vorläufige Aufgabe erfüllt. Bei ihrem Erlasse war von vornherein klar, daß sie dauernd im vollen Umfang nicht würde aufrecht erhalten werden können. — Die nunmehr ergangene Verordnung des Bundesrats hält grundsätzlich daran fest, daß eine etwaige Knappheit an Textilien nicht zu preistreiberischer Uebertreibung ausgenutzt werden darf. Andererseits ist die Verursachung der wachsenden Gesteigerung der Kosten und der Zuschlag eines angemessenen Gewinnes bei der Preisgestaltung zugelassen. Dem Käufer ist die Möglichkeit gegeben, einen zivilrechtlichen Anspruch auf Preisermäßigung gegen den Verkäufer zu erzielen. Die Geltendmachung des Anspruchs erfolgt vor einem Schiedsgericht. Die Schiedsgerichte werden grundsätzlich bei den amtlichen Handelsvertretungen gebildet werden. Ihre unparteiliche Zusammenfassung wird dadurch gewährleistet, daß der Vorsitzende und sein Stellvertreter von einer Verwaltungsbehörde ernannt werden, und zwei Beisitzer Käuferkreisen angehören sollen. Auch auf Beteiligung des Handwerks bei der Bildung des Gerichts wird Bedacht genommen werden. Bei übermäßigen Preissteigerungen in Gegenständen des täglichen Bedarfs verbleibt die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung. Bei Verdacht einer strafbaren Uebertreibung hat der Vorsitzende des Schiedsgerichts der Staatsanwaltschaft Mitteilung zu machen.

„Faustpfänder.“

Von 23 großen wirtschaftlich am Außenhandel beteiligten Firmen in Hamburg ist folgender Antrag an den Reichskanzler gerichtet worden: Die Reichsregierung wolle mit Rücksicht auf die von unseren Feinden in Aussicht genommenen bzw. von ihnen schon durchgeführten Maßregeln, die nicht allein unsere politische Machtstellung, sondern auch unseren Außenhandel und unser blühendes Wirtschaftsleben bedrohen, die Registrierung der deutschen Forderungen an feindliche Ausländer veranlassen und alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit sie der Reichsregierung volle Uebermacht über die geschädigten und gefährdeten deutschen Interessen gestatten und damit sie für diese bei Friedensschluß von den feindlichen Mächten vollen Ersatz in Form von Faustpfändern und anderen Bürgschaften fordern kann. (B. L. B.)

Sozialdemokratische Anträge zum Militäretat.

Die Vertreter der alten sozialdemokratischen Fraktion in der Budgetkommission haben zu der Beratung des Militäretats folgende Resolutionen eingebracht:

1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei der obersten Heeresleitung zu veranlassen, daß Mannschaften, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, in weiterem Umfang als bisher von der Front zurückgezogen werden;

2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, schleunigst in Erwägungen darüber einzutreten, wie die Verpflegungsverhältnisse der Truppen gleichmäßig gut gestaltet werden können. An Stelle des Brotgeldes soll den Mannschaften grundsätzlich die in der Verpflegungsvorrichtung festgesetzte Portion geliefert werden;

3. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Löhnung der Gefreiten und Gemeinen bei den immobilen Formationen um 33 1/2 Prozent zu erhöhen;

4. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, schleunigst eine Änderung der Kriegsbesoldungsordnung — Teil I J (Mannschaften) — dahingehend herbeizuführen, daß die Löhnung der unter den Ziffern 60, 61 und 62 aufgeführten Kategorien um 50 Prozent erhöht wird;

5. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß nunmehr unilicht bald allen Mannschaften und Unteroffizieren, die mindestens seit einem Jahre ohne wesentliche Unterbrechung im Felde stehen, entsprechender Urlaub gewährt wird.

Ferner dem Reichstag baldigst eine Verordnung vorzulegen, durch die bestimmte Richtlinien für die Urlaubsgewährung für Angehörige des Heeres und der Marine aufgestellt werden;

6. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag spätestens bis zu seiner nächsten Tagung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Weidwiderrechtes der Soldaten vorzulegen. Der Entwurf soll insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:

1. Wegfall des Begriffs der leistungsfähigen Weidwider;

2. Strafbolanz nicht vor Erledigung der Weidwider;

3. den Krankenpflegern der freiwilligen Krankenpflege, die jetzt zum Dienst mit der Waffe ausgehoben werden, ist die Zeit als Dienstzeit anzurechnen, während der sie als Krankenpfleger tätig waren.

Aus der Steuerkommission des Reichstages.

In unserem gestrigen Bericht war gesagt, die Steuerkommission habe den Genossen Dr. Gradnauer „statt des aus der alten Fraktion ausgeschiedenen Genossen Buzum“ zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Dazu werden wir ersucht festzustellen, daß Genosse Buzum als Vorsitzender der Steuerkommission weder in Aussicht genommen, noch vorgeschlagen, noch gewählt worden ist. In der am 24. März abgehaltenen konstituierenden Sitzung ist Genosse Dr. Gradnauer von sozialdemokratischer Seite als Vorsitzender vorgeschlagen und ohne Widerspruch gewählt worden.

Bestätigung.

Vor vier Wochen wurde in Bald (Kreis Solingen) der Genosse Karl Dültgen zum Beigeordneten gewählt. Während in der Nachbarstadt Höhscheid die Bestätigung der gewählten parteigenössigen Beigeordneten Freund und Mein dreiviertel Jahre auf sich warten ließ, ist Dültgen jetzt schon bestätigt und in sein Amt eingeführt worden.

Aus der Partei.

Erklärung.

Wir werden um den Abdruck folgender Erklärung ersucht: Der Erklärung der Genossen Albrecht-Antrix-Simon in Nr. 84 des „Vorwärts“ schließen sich an die Genossen Bauer, Brandes, Ewald, Hügel, Stüden. Der Genosse Stüden war durch seine Tätigkeit als Schriftführer

behindert, bei der Abstimmung über den Votefest den Sitzungssaal zu verlassen. Brandes und Hügel waren verhindert, an der Abstimmung in der Fraktion teilzunehmen.

Wer steckt dahinter?

Zu den letzten Beschlüssen des Parteiausschusses macht die Elberfelder „Freie Presse“ Mitteilungen, die ein bezeichnendes Licht auf die Entstehung dieser Beschlüsse werfen. Unser Elberfelder Parteiblatt schreibt am 29. März:

„Wie kam es zu diesen Beschlüssen? Schon der vorige Beschlus mit allem Drum und Dran erweckte in nicht wenigen Beteiligten das Gefühl, daß sie zu „fertiger Arbeit“ herangezogen worden seien. Ein kleiner, ganz kleiner Kreis rechtsstehender Genossen hatte sich da in den Mittelpunkt des Ereignisses eingeschaltet. Bei den neuen Beschlüssen haben wir nicht das Gefühl, sondern die fast unumstößliche Gewißheit, daß die Vorbereitungen zu ihnen von einer rechtsstehenden Gruppe, die dem Parteiausschuss ihren Stempel aufdrückt, nicht minder sorgfältig getroffen worden sind als beim letztenmal. Es liegt eine Tatsache vor, die dafür sehr vernünftig spricht. Aber warum wir ab, ob zu diesem Punkte noch mehr gesagt werden muß.“

Der Parteiausschuss die Marionette einer Sonderkonferenz der Rechten, seine Beschlüsse gegen Sonderorganisationen ein Produkt einer Sonderkonferenz, das wäre allerdings ein Satyrspiel ohne gleichen. Hoffentlich gibt unser Elberfelder Parteiblatt die Tatsache, auf die es sich stützt, bald näher bekannt.

Der versicherste Zukunftsstaat.

Welches weltgeschichtliche Ansehn die „Sozialdemokratische Arbeitgemeinschaft“ angedeutet hat, das hält ihr das „Bochumer Volksblatt“ vom 27. März 1916 in folgenden niederschmetternden Worten vor:

„Wir waren nicht mehr weit davon entfernt, das Steuer des Staatschiffes in unser Fahrwasser lenken zu können. In einer Situation, in der wir das Ziel fast mit Händen greifen konnten, wo günstige Umstände uns einen Einfluß in Aussicht stellten, der größer war, als er uns in normalen Zeiten nach unserer Zahlenstärke schon zustand, da verlagte ein so erheblicher Teil aus unseren Reihen, daß wir uns selbst auf lange Zeit um die Früchte unserer Arbeit bringen.“

Dem „Bochumer Volksblatt“ ist der schwere Vorwurf nicht zu ersparen, die Genossen der „Sozialdemokratischen Arbeitgemeinschaft“ nicht rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß wir schon so dicht vor der Tür des Zukunftsstaates standen. Vielleicht wären sie dann hübsch still geblieben, um schnell und verstoßen in das geliebte Land hineinschlüpfen zu können.

Stadtverordnetenversammlung.

9. Sitzung vom Donnerstag, den 30. März 1916, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Riechel eröffnet die Sitzung mit einem ehrenden Nachruf für den in diesen Tagen verstorbenen Kaufmann Moritz Manheimer, der sich durch namhafte humanitäre Stiftungen um die Stadt wohlverdient gemacht hat.

Die Beratung des

Stadthaushaushalts für 1916

wird fortgesetzt. Zunächst erstattet Stadtv. Körte (Fr. Fr.) Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses, der über die vom Magistrat beantragte

Erhöhung der Gaspreise

von 13 auf 16 Pf. für den Kubikmeter beraten hat. Der Ausschuss hat gegen 5 Stimmen die Zustimmung zu der Erhöhung zunächst auf ein Jahr empfohlen und alle Abmilderungsanträge abgelehnt.

Von den Stadtv. Bartowski und Genossen (Soz.) ist beantragt, den Magistrat zu ersuchen,

a) schon für das Etatsjahr 1916 die Kosten der öffentlichen Beleuchtung inkl. der Anlage und Unterhaltungskosten nicht dem Gasnetz zur Last zu schreiben, sondern auf den allgemeinen Etat zu übernehmen;

b) den Gasabnehmern bis zu einem Jahresquantum von 400 Kubikmetern Gas zu dem bisherigen Preise abzugeben;

c) den Gasabnehmern von 401 bis 600 Kubikmetern Gas zum Preise von 14 Pf. pro Kubikmeter abzugeben.

Stadtv. Fischer (Soz.): Wir haben unsere im Ausschuss abgelehnten Anträge wiederholt und bitten um ihre Annahme. Wir glauben, bei einem Entgegenkommen würde sogar eine Herabsetzung des Gaspreises für die kleinen Konumenten möglich gewesen sein, in dieser schweren Zeit kann man, ja, muß man verlangen, daß die Stadt den wirtschaftlich Schwächeren nicht mit einer solchen Erhöhung kommt. Der dritte Teil aller Haushaltungen wird durch die Preiserhöhung schwerer getroffen als es durch eine entsprechende Erhöhung

der Einkommensteuer geschehen würde, und diesen Teil der Bürgerschaft zu schonen, halten wir für unsere Pflicht. 37 Proz. unserer Konumenten haben Münzgasmesser, das sind etwa 218 000 kleine Haushaltungen von einer, höchstens zwei Stuben und Küche; denen sollen statt 675 nur noch 543 Liter für 10 Pf. geliefert werden, also 133 Liter weniger als bisher. Das ist die größte Belastung, die die Vorlage überhaupt enthält, und sie trifft gerade die allerärmsten Abnehmer, die nicht imstande sind, auf einmal eine größere Summe zu bezahlen, die sich diese Groschen von ihren geringen Einnahmen absparen müssen.

Unter denen, die bis zu 400 Kubikmeter verbrauchen, sind keine Beamte, kleine Gewerbetreibende, denen man eine größere Belastung nicht zumuten kann; endlich kommen in Betracht die kleinen selbständigen Geschäftsleute usw. mit einem Konsum bis 600 Kubikmeter, denen das Gas nach unserem Antrag für 14 Pf. geliefert werden soll, die auch an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Das Loch, das unser Antrag in die Einnahmen reißt, kann gestopft werden dadurch, daß man den Gaswerkern die Kosten der öffentlichen Straßenbeleuchtung erlegt. Früher erzielte die Stadt aus den Gaswerken erhebliche Ueberschüsse, und immer haben die Abnehmer die Straßenbeleuchtung mitbezahlt; jetzt, nachdem die Ueberschüsse verschwunden sind, kann man das von ihnen nicht mehr verlangen. Die Summe von 28 Millionen, die die Straßenbeleuchtung erfordert, stellt nur die Selbstkosten dar; die Stadt müßte aber doch rechtlich wie kaufmännisch den gleichen Gaspreis zahlen wie jeder private Abnehmer. Mit diesen 28 Millionen wäre das Defizit schon zum größten Teil gedeckt; im übrigen würde immerhin ein Einkommensteuergesetzschlag von 10 Proz. noch viel gerechter sein als eine einseitige Belastung der Gaskonumenten.

Damit würden auch die 140 000 Haushaltungen getroffen werden, die noch ohne Gasbeleuchtung sind, und die sich dann wohl eher um den Anschluß ihrer Wohnungen an das Gasrohrnetz bemühen würden. Auch gegenüber der Englischen Gasgesellschaft, deren Bezüge von der Erhöhung verschont bleiben, würde unser Antrag einen Ausgleich schaffen, ebenso hinsichtlich der Vororte. Sollen denn die Armen der Armen am meisten büßen, was uns der Krieg auferlegt? Im Punkte der Kohlenzufuhr hätte in anderer Weise als geschehen vorgegort werden müssen, und die Maßnahmen der zuständigen Stellen haben die Schwierigkeiten eher noch vergrößert, und namentlich hat es der Staat an Entgegenkommen gegen Berlin wieder fehlen lassen — die alte Kabelleidenschaft! Und heute bekommen die Konumenten noch schlechteres Gas als früher geliefert.

Stadtv. Jacobi (Linke) ist erstaunt darüber, daß der Vorredner wegen der Kohlenanfäufe der Gaswerkdirektion Vorwürfe gemacht

Kaf; die Direktion habe in dieser schweren Zeit das Menschenmögliche geleistet. Natürlich könne man nur schweren Herzens der Vorlage zustimmen; aber die Verhältnisse hätten sich eben seit Jahresfrist nicht gebessert, und niemand wisse, wie lange der Krieg noch dauern würde. Ein städtisches gewerbliches Unternehmen müsse Leberhöfische liefern, dürfte aber nicht Zuschüsse erfordern. Nach der Lage des hiesigen Marktes habe sich schon früher der Gaspreis gerichtet; es handle sich hier also nicht etwa um etwas Neues. Berlin habe immer mit der billigsten Gaspreise gehabt. Die verteuerte Gasbeleuchtung sei immer noch teurer als die mit Petroleum. Auch bei den Automaten handle es sich um ein gewerbliches Unternehmen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), auch der Rabatt für die großen Abnehmer sei durchaus berechtigt, weil die Stadt mit diesen ein viel besseres Geschäft mache. Die Uebernahme der öffentlichen Beleuchtung auf den allgemeinen Etat sei nur eine Formalie, am Etat ändere sie nichts. Nach dem Kriege müsse natürlich eine neue Prüfung stattfinden, und dann werde man mit dem Gaspreise ganz erheblich herabgehen, dafür Sorge schon die Zunahme des Verbrauchs an elektrischem Licht. Der Etat der Stadt lasse sich auf anderem Wege nicht balancieren. (Beifall.)

Stadttrat Raff: Die Kohlenabschlüsse sind von der Verwaltung sehr vorsichtig behandelt worden; wir sind der Direktion zu besonderem Dank verpflichtet. Die gestellten Anträge würden 2,7 bzw. 8,7 Millionen Ausfall bedeuten. Auf den Gesamtetat bleibe die anderweitige Aufbringung der Kosten für die Straßenbeleuchtung ohne Einfluß. Andere große Städte haben die Preise auf 18—22 und 23 Pf. erhöht.

Stadttr. Mommsen (Fr. Fr.): Wir stimmen der Erhöhung zu, obwohl wir fürchten, daß sie der weiteren Entwicklung unserer Gaswerke sehr schaden kann. Wir müssen uns aber nach den Verhältnissen richten. Die Verwaltung muß jedoch alles daransetzen, nachzuweisen, daß die Erhöhung auf 16 Pf. zu hoch ist. Daß die Belastung gerade die kleineren Leute schärfer trifft, sollte darum nicht als Argument verwertet werden; es wird doch von allen Seiten eine kaufmännische Verwaltung unserer städtischen Werke gefordert. Den großen Abnehmern tun wir mit den Rabatten kaum einen größeren Gefallen als uns selbst. Es handelt sich hier um einen Kriegszuschlag, den wir eben tragen müssen. Eine Erhöhung der Einkommensteuer auf 170 Proz. bewahrt uns nicht vor einem Defizit.

Stv. Richter: Gerade daß der Krieg so lange dauert und die Verhältnisse in den breiten Volksschichten von Woche zu Woche schlimmer werden, hat uns zu unseren Anträgen geführt. Ich bewundere geradezu die Geduld und die Ruhe unserer Kriegserfahrenen (Große Unruhe) bei allen Misserfolgen, die sie täglich auf dem Lebensmittelmärkte zu erleben haben; aber es fragt sich doch, ob diese Geduld nicht schließlich ein Ende hat, und die Gaspreiserhöhung wird mit ein Anlaß sein, daß ihnen der Geduld haben reicht (Erneute große Unruhe). ... Sie wissen das genau so wie ich. Sie haben bloß nicht den guten Willen. Wenn jetzt im Kriege bei den Werken, die in früheren Jahren großen Nutzen gebracht haben, ein Defizit entsteht, so muß man, nachdem man soviel erhalten hat, auch einmal etwas zugeben, so macht es doch der Kaufmann auch! (Lebhafter Widerspruch.) Und dann muß doch auch hier nicht allein das geschäftliche, sondern auch das soziale Moment in den Vordergrund gestellt werden. Wir sind es der Bevölkerung schuldig, sie vor größerer Belastung zu bewahren. Mit 10 Proz. Steuererhöhung und mit unserem Staffeltarif läßt sich das Defizit decken.

Räumlicher 208: Wir haben tatsächlich schon ganz bedeutend „zugegeben“, wir haben in den Jahren 1914 und 1915 mehr als 18 Millionen eingeholt (Zurufe von den Sozialisten); wir haben also schon ganz erhebliche Zuschüsse geleistet. Auch mit der Erhöhung bleibt der Ueberfluß im Etat von 1,6 Millionen Mark weit hinter denen der Friedensjahre zurück. Selbst mit den 2,8 Millionen Mark von der öffentlichen Beleuchtung kämen nur 4,4 Millionen Mark heraus, ist das ein angemessener Ertrag der mehr als 150 Millionen, die darin arbeiten? Auch die sozialdemokratischen Konsumvereine arbeiten genau so kaufmännisch wie wir, auch sie geben Brot, Honigkuchen usw. den wirtschaftlich Schwächeren nicht billiger ab. Sollen denn in diesen schweren Zeiten die Werke nicht auch zu den Kosten unserer Kulturaufgaben beitragen dürfen, die doch unverändert bleiben? Hat nicht der Steuerzahler schon kräftig gehalten müssen, in zwei Kriegsjahren von 100 auf 160 Prozent? Wir würden den öffentlichen Interessen den schwersten Nachteil zufügen, wenn diese Anträge zur Annahme kämen. Jedenfalls würde der Magistrat wenig Verständnis dafür zeigen können.

Stv. Gaffel (Linke): Wir sind für die Erhöhung, weil der jetzt geforderte Preis unter den Kriegsverhältnissen ein durchaus angemessener ist. Die Gesamtheit der Steuerzahler zu belästigen erscheint uns eine Ungerechtheit.

Stv. Dr. Weyl (Soz.): Im Laufe der Jahrzehnte hat der Gasetat 200 Millionen Mark Ueberflüsse erbracht; erst seit zwei Jahren ist ein Defizit eingetreten. Bei den städtischen Werken, nach dem, wenn sie einen Monopolcharakter tragen, soll wohl der kaufmännische Gesichtspunkt berücksichtigt werden, aber müssen auch die Tarife nach sozialen Gesichtspunkten gestaltet werden. Im Ausschusse waren auch die Freunde des Herrn Mommsen zum Teil für die Tendenz unserer Anträge. Allen unseren Vorschlägen setzte aber der Magistrat immer wieder sein kaltes Nein entgegen. Es handelte sich hier auch um eine Frage des Mittelstandes, keineswegs nur der Arbeiterschaft. Nehmen Sie unsere Anträge an, so zeigen Sie, daß Sie die Interessen der kleinen Leute fördern wollen, lehnen Sie sie ab, so begehen Sie eine soziale Ungerechtigkeit, für die mir der parlamentarische Ausdruck fehlt. Sie werden das vor der Öffentlichkeit und vor den Wählern zu verantworten haben. Wir beantragen namentliche Abtötung. Sollten wir unterliegen, so gilt auch hier: Die siegreiche Sache mag den Göttern gefallen, die bestiegte gefällt dem Catil.

In der Abstimmung werden die Anträge der Sozialdemokraten mit 74 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmt die gesamte sozialdemokratische Fraktion mit Ausnahme der Stv. Dr. Bernheim, Hense und Leid, die verhindert sind, an der Verhandlung teilzunehmen, und von den Bürgerlichen nur der Stv. Max Schulz (Fr. Fr.).

Der Magistratsantrag gelangt zur Annahme. Eine Reihe von Spezialentscheidungen werden ohne erhebliche Diskussion von der Versammlung genehmigt.

Zum Gaswerketat wird eine Resolution angenommen, wonach im Etat für 1917 die Straßenbeleuchtung in den ordentlichen Ausgaben des Etatetats besonders erscheinen soll. Für die Steueretats ist Stv. Liebenow (Linke) zum Referenten bestellt. Der Etatentschluß hat sich mit der Erhöhung des Gemeinde-Einkommensteuersatzes von 125 auf 160 Proz. einverstanden erklärt. Die Grund- und Gebäudesteuer wird mit 176, die Gewerbesteuer mit 165 Proz. zur Geltung gelangen. — Der Gesamtetat balanciert mit 88093110 M.

Stadttr. Heine mann (Soz.): Vor der Schlußabstimmung über den Etat im Vorjahre konnte ich namens meiner Freunde erklären, daß wir dem Etat zustimmen würden; die Einzelbedenken, die wir hatten, schienen uns nicht gewichtig genug, die Ablehnung zu rechtfertigen, um so weniger, als wir anerkannten, daß wir zusammen mit Ihnen und dem Magistrat eintätig arbeiten können zur Linderung aller der Noth und Leiden, die der fürchterliche Krieg im Gefolge hat. Auch heute bin ich ermächtigt, wenn wir auch hier und da Unzulänglichkeiten zu bemerken hatten, unser einmütiges und erfolgreiches Zusammenwirken mit Ihnen und dem Magistrat auf dem Gebiet der Kriegsvorsorge im Interesse der unbemittelten Bevölkerung der Stadt Berlin anzuerkennen. (Beifall.) Die Art in dessen, wie Sie zur Balancierung des Etats mit 160 Proz. die Gaspreise rein schematisch für alle, auch die kleinsten schon so überaus belasteten Abnehmer herausgeholt und unsere Vorschläge abgelehnt haben, erscheint uns ungerechtfertigt und unsozial. Wir sehen uns aus diesem Grunde außer Stande, dem auf solche Art balancierten Etat unsere Zustimmung zu geben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadttr. Gaffel: Unsozial wäre es gerade gewesen, zugunsten einzelner die Masse der Steuerzahler mit Lasten zu beladen, den

Etat abzulassen, weil es nicht nach den Wünschen der Antragsteller gegangen ist, erscheint nicht gerechtfertigt. Gätten die Parteigenossen des Vorredners hier die Mehrheit, sie würden sich den Luxus der Ablehnung nicht gestatten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Stadttr. Heine mann: Wir empfinden es als unsozial, die Kosten der öffentlichen Gasbeleuchtung den Gasabnehmern allein aufzubürden; mit diesem Betrage hätte man die kleinen Konsumenten von der Erhöhung frei lassen können. Wenn wir hier die Mehrheit hätten, hätte der Magistrat uns einen solchen Etat gar nicht vorgelegt.

Der Etat für 1916 wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt.

Für das Jahr 1916 soll nach dem Vorschlage des Magistrats von der Berichtigung und Auslegung der Gemeindevählerliste abgesehen werden; bei etwaigen Ertragswahlen zur Versammlung soll die letzte endgültige Liste als Grundlage dienen.

Die Versammlung stimmt zu.
Schluß der öffentlichen Sitzung 1/20 Uhr.

Aus Groß-Berlin. Verabschiedung des Berliner Etats. Die Gasvertenerung beschlossen.

Der gestrige Tag ist ein schwarzer Tag in der Geschichte der städtischen Verwaltung: die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten hat nahezu geschlossen einer die nicht wohlhabende Bevölkerung schwer belastenden Gaspreiserhöhung um 29 Proz. zugestimmt! Die Lasten, die der Gesamtheit zur Last fallen, hat sie den schwächsten Schultern aufgedeckt. Eine ungerechte, antisoziale Maßregel. Den Gasfondamenten ist das Doppelte des Preises der Selbstkosten als Kaufpreis auferlegt. Die Erhöhung trifft nicht die Einwohner, die elektrisches Licht beziehen, und auch die Gasfondamenten nicht, die von der englischen Gasgesellschaft Gas beziehen. Und dafür haben auch solche Stadtverordnete gestimmt, die selbst von der englischen Gesellschaft versorgt werden! Wir wollen nicht unteruchen, ob das noch dem Wortlaut der Städteordnung zulässig ist. Sicherlich widerstrebt es ihrem Geist sowie den Grundsätzen des Kommunalabgabengesetzes, daß so ein Teil der Stadtverordneten und der Magistratsmitglieder einem Teil der Bürger Lasten auferlegt, die sie selbst nie treffen können. Befreit von der neuen Last ist gerade der wohlhabende Teil. Der gestern gefasste Beschluß widerspricht ferner nicht nur dem mit der englischen Gesellschaft geschlossenen Vertrag. Er widerspricht auch den mit den Gasabnehmern geschlossenen Verträgen. In den auf Grund des Gemeindebeschlusses vom 18. Februar 1911 festgesetzten Bedingungen für die Gasabnehmer aus den städtischen Gaswerken ist der Gaspreis auf 12,35 Pf. für den Kubikmeter festgesetzt und im § 19 bestimmt: „Eine Aufhebung oder Abänderung dieser Bedingungen bleibt nach vorangegangener dreimonatlicher Kündigung vorbehalten. Letztere erfolgt durch Bekanntmachung in den für die amtlichen Veröffentlichungen des Magistrats bestimmten hiesigen Zeitungen.“ Eine solche Kündigung ist nicht erfolgt. Mithin wäre die Gaspreiserhöhung für die Zeit bis zum 1. Juli 1916 eine ungültige Vertragsverletzung. Stadtverordnete und Magistrat haben das infolge der Eile übersehen, mit der sie die Preiserhöhung betrieben. Die Vorlage selbst wurde vor den Zeitungen geheim gehalten. Erst durch die Berichterstattung aus dem Ausschusse erfuhr die Öffentlichkeit authentisch davon. Bevor gegen die ungerechte Belastung der wirtschaftlich schlecht Gestellten und gegen die in ihr liegende Entlastung der wirtschaftlich am besten Situierten, insbesondere des Potsdamer Viertels, in Verhandlungen Stellung genommen werden konnte, wurde flugs die Vorlage unter Hoch gebracht. Den einen Vorteil hatte diese Eile, daß die Notwendigkeit vorheriger Kündigung übersehen wurde.

Bei der Etatberatung, die darauf folgte, ging es zunächst wieder recht still zu. Um die Balancierung des Etats zu ermöglichen, mußte die Gemeindefinanz mit 160 Prozent festgesetzt werden. Erst in der Schlußabstimmung über den Gesamtetat stießen nochmals die Gegensätze aufeinander. Für die sozialdemokratische Fraktion gab Genosse Heine mann die Erklärung ab, daß sie dem mit Hilfe der unsozialen Maßnahmen der Gasvertenerung balancierten Etat ihre Zustimmung nicht geben können.

Kartoffelversorgung und Kleinhändler.

Am 31. März 1916 verliert der erste Abschnitt der Kartoffelkarte seine Gültigkeit. Der erste Zeitabschnitt der Kartoffelkarte ist also beendet. Der Magistrat fordert die Kartoffelknechtler, das sind alle diejenigen, die an Verbraucher unmittelbar Kartoffeln abgeben, auf, die von ihnen in der Zeit vom 20. bis 31. März gelammelten Kartoffelkartenabschnitte ihrer Kunden, in Päckchen von 60 Stück geordnet, bei der zuständigen Brotkommission einzuliefern und dagegen Bezugscheine, die der eingelieferten Menge von Kartoffelartenabschnitten entsprechen, in Empfang zu nehmen. Die Einlieferung hat in der Zeit vom 31. März bis spätestens 3. April einschließlich zu erfolgen. Das Nähere ergeben die Bekanntmachungen an den öffentlichen Anschlagtafeln, auf die besonders hingewiesen wird.

Inhaber von Hotels, Schank- und Speisewirtschaften, Pensionaten und Privatmittagsstellen haben, soweit sie nicht gewerbliche Kartoffelarten bereits für einen längeren Zeitraum erhalten haben, die Bezugscheine für den nächsten Zeitabschnitt rechtzeitig bei dem Obmann der Brotkommission, bei dem sie ihren Verbrauch angemeldet haben, einzulösen.

Krankenhäuser, Kliniken und andere Versorgungsanstalten haben sich wegen ihres weiteren Bedarfs an Kartoffeln an das Lebensmittelbureau, Stralauer Str. 3—6, 1 Treppe, zu wenden.

Die Große Berliner Straßenbahn beschloß in ihrer gestrigen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. Trotzdem machte ein Redner in der Versammlung Stimmung für eine Tarifierhöhung unter der Behauptung, daß den Aktionären nicht die landesübliche Verzinsung ihrer Aktien würde. Die Zinsen betrügen kaum 4 1/4 Proz. Hier wird also das Kunststück gemacht, nicht das Aktienkapital, sondern die fiktive Differenz, welche als „Kurswert“ aufmarschiert, zur Grundlage der Zinsberechnung zu machen, während umgekehrt die Höhe der Dividende den Kurswert bestimmen sollte. Für das wirklich in das Unternehmen hineingesteckte Kapital sind dabei 6 Proz. eine recht hübsche Verzinsung, zumal man weiß, in welcher Weise die Aktien der Großen Berliner „verwässert“ sind. Es liegt gar kein Grund dazu vor, daß dem Berliner Publikum die Fahrlegentheit verteuert werden soll, um einigen Geldleuten noch höhere Gewinne in den Schoß zu werfen.

Das Kind und das offene Fenster.

Während bei einem Unfall hatte gestern das drei Jahre alte Söhnchen des Omnibusfahrers Schulze, Vergamstr. 4, der im Felde steht. Während die Mutter sich in einem Nebenzimmer befand, stieg der Kleine in der Stube am offenen Fenster auf einen Stuhl, um sich hinauszulehnen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte aus dem zweiten Stock hinab. Ein lauter Aufschrei rief die

Gaßbewohner nach dem Hofe. Der erste, der hier erschien, war der Wollereibesitzer Jörding. Dieser fand zu seiner größten Ueber- raschung mitten unter seinem aufgeregten Hühnervolk den kleinen Schulze stehen, der ihn sprachlos anschaute. Der Knabe war in den unbedenklichen Auslauf neben seinem Hühnerstall gefallen und ohne die geringste Verletzung davongekommen. Er hatte sich schon wieder erhoben, aber nicht gewußt, wie er aus dem Gehege herauskommen sollte.

Beim Abspringen von Straßenbahnwagen verunglückte gestern die 51 Jahre alte Zeitungshändlerin Olga Serouly aus der Chaußeest. 32. Sie verließ den Wagen während der Fahrt vor ihrem Hause, fiel aber so unglücklich hin, daß ihr von einem Rad ein Fuß fast ganz abgequetscht wurde. Die Verunglückte wurde nach der Charité gebracht.

Eisenbahnunglück.

Ein schweres Unglück ereignete sich gestern vormittag auf der Ringbahn in Neukölln. Auf der Strecke zwischen Hermannstraße und Ringbahnhof Neukölln war ein größerer Arbeitertrupp mit Gleisarbeiten beschäftigt. Nach den angestellten Ermittlungen wurde, als von der Haltestelle Ringbahnhof her ein Ringbahnzug gefahren kam, von dem Posten das vorgeschriebene Warnungssignal gegeben. Die Arbeiter sprangen denn auch zur Seite auf das freie Gleis. Nur der 43 Jahre alte Vorarbeiter August Kucharski aus der Heiden- selbstraße 20 und der 47 Jahre alte Arbeiter Paul Bonshid aus der Gipsstr. 11 gingen, wohl in plötzlicher Verwirrung, gerade auf das Gleis, auf dem der Zug kam. Sie gerieten unter die Räder und wurden zermalmt. Rudarek hinterläßt eine kränkliche Frau mit zwei Kindern, Mädchen, von denen das älteste 10 Jahre zählt. Auch Bonshid war verheiratet und Familienvater.

Einstellung einer Omnibuslinie. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft stellt am Freitag, den 31. März, abends, den Betrieb der Pferdeline 23 Hausvogt-Platz—Hermanns-Platz bis auf weiteres ein.

Verhaftet unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde von der Steglitzer Kriminalpolizei die 32-jährige Witwe Ida Wiemann. Aus der Ehe der Frau W. mit ihrem inzwischen im Kriege gefallenen Manne, dem Arbeiter W., stammen zwei Kinder im Alter von 2 und 5 Jahren. Ein uneheliches Kind der Frau, die siebenjährige Irma, war bei der Großmutter untergebracht. Als vor etwa einem halben Jahre der Ehemann Wiemann einberufen wurde, zog die Großmutter mit der kleinen Irma zu Frau Wiemann nach der Holsteimischen Straße 62 in Steglitz. Hier scheint es der kleinen Irma von Anfang an nicht gut gegangen zu sein; Hausbewohner dachten Frau W. im Verdacht, die Kleine zu mißhandeln. Seit dem 24. März wurde das Mädchen nicht mehr gesehen und die Großmutter des Kindes schöpfe den Verdacht, daß die Mutter die kleine Irma beseitigt habe. Die alte Frau zog von Steglitz fort zu ihrer Schwester und erzählte dieser von dem Verschwinden ihrer Enkelin, an der sie sehr hing. Die Schwester benachrichtigte die Steglitzer Kriminalpolizei, die dann zur Verhaftung der Frau Wiemann schritt. Die Verhaftete bestritt zunächst entschieden jede Schuld und erklärte, daß die Kleine sich verlaufen haben müsse. Dann gab sie zu, das Mädchen in den Teltowkanal geworfen zu haben. Dies Geständnis widerrief Frau W. aber alsbald und erklärte nun, das Mädchen sei infolge Unachtsamkeit in die Kläranlage des Kanals gefallen. Frau W. wurde jedoch in Haft gehalten. Die Leiche der kleinen Irma konnte noch nicht geborgen werden. Es soll jetzt das Klär- becken des Teltowkanals abgegraben werden.

Aus den Gemeinden.

Metallablieferung in Charlottenburg.

Am 31. März werden die Metallammelstellen der Stadt Char- lottenburg (Sophie-Charlotten-Str. 94, Berliner Str. 169/169a, Lützow-Str. 15) geschlossen. Aber bis dahin seine beschlagnahmten Metallgegenstände nicht abgeliefert hat, macht sich strafbar; außer- dem erfolgt nach diesem Zeitpunkt die zwangswise Abholung auf seine Kosten. Auch derjenige, der keine schriftliche Aufforderung erhalten hat, aber beschlagnahmte Metallgegenstände in seinem Besitz hat, ist zur Ablieferung verpflichtet. Für diejenigen, denen die Ab- lieferungsfrist ausdrücklich über den 31. März hinaus verlängert ist, bleibt die Metallammelstelle Lützow-Str. 15 vorläufig geöffnet.

Stadtverordnetenversammlung in Wilmersdorf.

Die Stadtverordneten beschloßen in ihrer Sitzung am Mittwoch, die Gemeindefinanzsteuer auf 170 Proz. festzusetzen. Beim Kapitel Fleisch- und Fischhalle wurde beschlossen, den im vorher- gehenden Jahre erzielten Ueberfluß der Halle als Betriebskapital zu belassen. Ferner wurde der Magistrat erlucht, im Ortsteil Dalensee eine Filiale der Fleischhalle zu er- öffnen.

Aus der Steglitzer Gemeindevertretung.

Nach der Zustimmung zur Weitergewährung der Entschädigungen an die im Felde stehenden Gemeindegestellten und Weitergewäh- rung der bisherigen Feuerungszulagen bis zum 30. September d. J. wurde in die Etatberatung eingetreten. Schöffe Jochim beschränkte sich auf ein sehr kurzes Eingangswort zum vorliegenden Etat, der in Einnahme und Ausgabe mit 9 845 500 M. abschließt. Trotz größter Sparsamkeit sei die Balancierung nur möglich geworden durch Erhöhung des Einkommensteuer-Zuschlages von 140 auf 176 Prozent und Erhöhung der Kanali- sationsgebühren von 1 auf 2 Prozent vom Gebäude- steuer-Wert. Das laufende Rechnungsjahr werde mit einem recht erheblichen Fehlbetrag abschließen. Auch für das neue Rechnungsjahr ständen nur die Ausgabequellen fest, während die Einnahmen ungewiß seien, da sie in fast allen Kapiteln ständig zurückgingen. Die Grundbesitzerpartei ließ durch ihren Sprecher erklären, daß sie der Erhöhung der Kanalisationsgebühren unter keinen Umständen zustimmen könne, wenn nicht auf andere Weise der Grundbesitz, der an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt sei, entlastet werde. Als Ausgleich ver- langten die Hausbesitzer die Herabsetzung der Grundsteuer. Ein anderer Redner der Mehrheit machte den Vorschlag, die Kanali- sationsbeiträge durch Umlage auf sämtliche Jeniten aufzubringen, wie es die Stadt Danzig auch mache. Eventuell würde man zu einer Erhöhung der Einkommensteuer auf 185 Proz. bereit sein. Die Sozialdemokraten und Demokraten traten diesen Anträgen entgegen und wiesen darauf hin, daß sich jetzt die seit Jahren von der Mehrheitspartei betriebene und von der Linken stets belämpfte Finanzpolitik räche. Sie würden für die vorgeschlagenen Sätze stimmen. Auf Antrag der Haus- besitzer wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde zwecks einer noch- maligen Fraktionsberatung unterbrochen. Nach Wiederbeginn der Sitzung zog die Mehrheit ihren Antrag zurück, da sie sich wohl in- zwischen überzeugt hatte, daß die linke Seite des Hauses mit dem Gemeindevorstand über eine Stimme Mehrheit verfügte. Die Einzel- beratung ging dann ohne wesentliche Debatte glatt vorstatten. Mit der unerfreulichen Lage unseres Viehlegutes wird sich der Gemeindevorstand und der zuständige Ausschuss beschäftigen und dann der Gemeindevertretung entsprechende Vorschläge machen.

170 Proz. Kommunalzuschlag in Pankow.

Die Gemeindevertretung am Dienstag galt der Etat- beratung. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1916 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 11 165 832 M. Infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Schwierigkeiten hat auch in Pankow, wie in fast allen Groß-Berliner Gemeinden, der Etat nur durch ein kräftiges Anziehen der Kommunalzuschlagsstränge — von 135 Proz. im Vorjahre auf 170 Proz. — ins Gleichgewicht gebracht werden können. Nachdem der stellvertretende Gemeindevorsteher Stawitz in großen Umrissen ein Bild von der gegenwärtigen Lage

der Gemeindefürsorge gegeben hatte, beschäftigte sich E. Schöffe
Niemann eingehend mit den Leistungen der Gemeinde auf dem
Gebiet der Lebensmittelbeschaffung. In der Generaldebatte nahm
neben bürgerlichen Vertretern Genosse Schmidt das Wort.
Er bezeichnete es als dringende Pflicht der Gemeinde, den
durch den Krieg bedingten Schädigungen des Schulwesens nach
Möglichkeit entgegenzuwirken, zumal die heranwachsende Generation
einer frühen und schweren Zeit entgegengehe, die an den einzelnen
wie an die Allgemeinheit große Anforderungen stellen werde. Des
weiteren legte Redner den dortigen Polizeibeamten ans Herz,
weniger mit Sorge, dafür aber mit Geschick und Rücksicht auf die
Not der Zeit ihre Aufgaben zu erfüllen, und brachte einen Vorschlag
zur Sprache, der ein Schulbeispiel dafür ist, wie es nicht gemacht
werden sollte. Schließlich forderte er noch energisches Eingreifen der
auswärtigen Behörden bei Ueberwachung des Lebensmittelmarktes,
um den unerträglich gewordenen Preistreibern entgegenzuwirken.
Eine Spezialdebatte fand nicht statt und wurde der Etat en bloc
gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.
Die Verteilung des Bedarfs an direkten Steuern wurde wie folgt
beschlossen: 170 Proz. Kommunalzuschlag zur Staatseinkommen-
steuer, 170 Proz. der fingierten Einnahme, 170 Proz. der Doppel-
wohnst- und Kassensteuer, 150 Proz. der Gewerbesteuer der
Klassen III und IV, 240 Proz. der Klassen I und II, 100 Proz. der
Betriebssteuer und 298,99 Proz. der staatlich veranlagten Grund-
und Gebäudesteuer (d. h. 3 1/2 Promille des gemeinen Wertes für
bebaute und 7 Promille für unbebaute Grundstücke).

Laufweg. Die Sparmarken der Volksfürsorge Nr. 81 bis 100
vom Block Nr. 016837 im Werte von 10 M. sind verloren gegangen
und werden hiermit für ungültig erklärt.

Aus aller Welt.

Schneestürme in England. England wurde in den letzten zwei
Tagen von schweren Schneestürmen heimgesucht, durch die der
telegraphische Verkehr fast vollständig lahmgelegt wurde. Seit
30 Jahren hat keine solche Störung stattgefunden. Alle Tele-
graphenlinien längs der Eisenbahnen nach dem Norden, Nord-
westen und Osten sind unterbrochen. Die Jägers wurden um Stun-
den aufgehalten. London ist vom Norden gänzlich abgeschnitten.
Auch Birmingham ist von 30 großen Städten abgeschnitten. Die
Küste trafen vielfach über ihre Ufer. Viele Schiffe und
Häuser wurden beschädigt. Die Bergwerke in Wales
erlitten schweren Schaden. Von Westmoreland im Norden
bis zur Insel Wight im Süden werden heftige Schneefälle
gemeldet, die, wie in London, durch Wolkenbrüche ausgelöst
wurden. Verschiedene tödliche Unfälle wurden be-
richtet. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch die Störung des
telegraphischen Verkehrs mit Holland mit dem Unwetter in Ver-
bindung steht.

Verhaftung des Raubmörders Feidler. Am Donnerstagnach-
mittag wurde der Körper der Witwe Seyröder in Leipzig, der
21jährige taubstumme Eisengießer Bruno Feidler, von der
Kriminalpolizei verhaftet, als er seine Wohnung nochmals aufsuchte.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika. In der Nähe von
Cleveland (Ohio) fand am Mittwochmorgen zwei Per-
sonenzüge infolge von Nebel zusammengefahren; ein
dritter Zug fuhr in die Trümmer hinein. Bis jetzt sind 17 Tote
und 25 Verwundete geborgen.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Die Arbeiterjugend veranstaltet Sonntag, abends
6 Uhr, im Heim, Köpenicker 4, eine Jugendfeier für die Schuljugend.
Gelang, Regitation, Feldrede.
Heute: Mädchen- und Mädchenabend. Beginn 1/2 Uhr.
Sonntag: Singabend.
Sonntagvormittag treffen sich die Heimbesucher um 9 Uhr im Heim.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis
Sonntag mittags. Etwas wärmer, zunächst trocken und vielfach heiter,
später im Westen neue Zunahme der Bewölkung und Regen.

Briefkasten der Redaktion.

G. 63. 1. Nach § 629 des B. G. B. steht Ihnen eine angemessene
Zeit zum Ausfüllen einer neuen Urkunde zu. Sie können aber diese
Zeit nicht eigenmächtig bestimmen, sondern müssen Sie im Einverständnis
mit dem Unterzeichner festlegen. Nähere Bestimmungen darüber, was als
angemessene Zeit gilt, sind im Gesetz nicht enthalten. Es ist aber durch
Artikel der Gewerbeordnung festgelegt, daß eine Zeit von etwa 2 Stunden
dafür ausreichen muß. 2. Die Frage ist beim Antragsgericht zulässig.
— R. 2. 21. Es wird Ihnen nichts weiter übrig bleiben, als die Strafe
zu zahlen. Sie würden bei einer gerichtlichen Entscheidung sicher auch
verurteilt werden. — Januar 14. Sie müssen der Mutter den Unterhaltungs-
schein einreichen. Unter Einreichung dieses Scheines muß die Mutter An-
trag beim Amtsvorsteher auf Kriegsunterstützung stellen. Sie erhält Kriegs-
unterstützung, wenn nachgewiesen ist, daß Sie zum Unterhalt der Mutter
vor Ihrer Einziehung zum Militär beigetragen haben. — D. W. 22.
Eine Erhöhung der Invalidenrente tritt in Rücksicht auf die Kriegszeit nicht
ein. Ein solcher Antrag würde deshalb vollständig zwecklos. — W. 2. 100.
Ja. Sie haben auf beides Anspruch. — C. S. 50. Da Sie zum un-
ausgebildeten Landsturm gehören, müssen Sie sich beim Volksgewaltigen
melden. — H. S. 1878. Die zweite Durchstabenbescheinigung kennen wir
nicht; die erste heißt landbauamtlich. Die Zahl bedeutet: lungen-
krank. Ob Entlassung erfolgt, können wir nicht sagen. Das liegt
bei der Entlassung des Militärarztes und der Militärbehörde.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
13. Abt. Bez. 684.

Am Mittwoch, den 29. März,
verstarb unser Genosse, der Schuh-
macher

Paul Thiemer
Svingelstraße 21.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, in Stahnsdorf
(Friedhof-Gemeinde) statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung, Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—1 und 5—8

Blumen- und Franzbinderrei
von Robert Meyer,
Inb.: P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Große Berliner Straßenbahn.

Bilanz am 31. Dezember 1915.

Aktiva.		Mar.
Bahnhöfe		77 565 485,64
Grundstücke und Gebäude		25 314 870,43
Wagen		41 325 593,80
Kongessionen nach Abschreibung von	530 000,—	17 896 300,—
Waldungen	24 944,50	234 500,55
Werkstoffe	4 812,83	1,—
Umsatzen		1,—
Vorbe nach Abschreibung von	918,—	1,—
Geld		1,—
Dienstleistung nach Abschreibung von	207 722,—	1,—
Vorräte an Bau- und Betriebsmaterialien		4 630 175,82
Konto-Korrent, verschiedene Guthaben		10 562 177,83
Barbestand		334 345,92
Partizipation und Einlagen		489 805,55
als Kautionen bei Behörden		12 489 333,85
Anlage des Reservefonds		25 517 076,43
Zugungsfonds		891 714,65
Beamten-Kautionen		8 345 929,17
Aktien der Allgemeinen Berliner Omnibus A. G.		235 250,—
Sonstige Effekten		236 802 563,64

Passiva.		Mar.
Kapital		100 082 400,—
4% Schuldverschreibungen	43 281 000,—	34 931 000,—
Darvon ungedeckt	8 850 000,—	24 407 000,—
4 1/2% Schuldverschreibungen		2 495 641,—
Hypotheken		22 788,75
Ungekündete Darlehen		328 600,—
4% ungekündete gekündigte Schuldverschreibungen		50 741,25
4 1/2% ungekündete gekündigte Schuldverschreibungen		457 681,25
Rückstellung für Zinsen der 4 1/2% Schuldverschreibungen		12 489 333,85
Reservefonds		25 517 076,43
Zugungsfonds		891 714,65
Zalonssteuer-Rückstellung		619 276,—
Beitrag-Rückstellung		45 788,—
Beamten-Kautionen		891 061,53
Kapitalversicherungs-Kautionen		1 547 036,07
Konto-Korrent, verschiedene Guthaben und Vorleistungen		6 680 128,08
Erneuerungsfonds I		5 229 475,66
Erneuerungsfonds II		2 938 332,84
Urtägige Betriebsverpflichtungen		588 160,—
Gewinn- und Verlustrechnung		6 454 660,23
		236 802 563,64

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll.		Haben.
4% Schuldverschreibungen-Zinsen	1 360 560,—	
4 1/2% Schuldverschreibungen-Zinsen	1 108 268,75	
Hypotheken-Zinsen	70 441,75	
Gesamtschuldverschreibungen	767 870,50	
Zugungsfonds	500 000,—	
Zalonssteuer-Rückstellung	120 600,—	
Kapitalversicherungs-Kautionen	400 000,—	
Erneuerungsfonds I	2 800 000,—	
Erneuerungsfonds II	1 000 000,—	
Vertragmäßige Abgaben an die Gemeinden	3 221 078,81	
Saldo	6 454 660,23	
	17 800 901,97	
Gewinn-Vortrag aus 1914		123 061,60
Zinsen		400 624,69
Betriebsaufwendungen	43 478 144,86	
Betriebsausgaben	25 200 929,78	
	17 877 815,08	
	17 800 901,97	

Berlin, den 28. Februar 1916.

Die Direktion.

Dr. Wussow. Meyer. Dr. W. Micke. Otto.
Nach vorgenommener Prüfung der Belege und Bücher der Gesellschaft
bestätigen wir hiermit die ordnungsmäßige Führung der Bücher und die
Uebereinstimmung der vorstehenden Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlust-
rechnung mit denselben.
Berlin, den 28. Februar 1916.

Oskar Zwickau,
Öffentlich angelegter,
bevollmächtigter Buchhändler im Bezirk
der Handelskammer zu Berlin.

Emil Krynitz,
gerichtlicher Buchhändler für das
Reg. Kommergericht u. Landgericht I,
Öffentlich angelegter und beidseitig im
Bezirk der Handelskammer zu Berlin.



Singer
unübertroffen
Ueber
die Vorteile
verlange man
unser
10 Merit
Guth
Singer Läden
überall

Begründet
1876



Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Deinisch 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.

Durchführung Winter.
Wälschhof 65,— bis 130,—
Chalonsburg 25,—, 80,—, Tape-
gerer Walter, Stargarderstraße 18.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
empfehle gute preiswerte Möbel
Wohnzimmer 203,50, 255,75, 293, 363, 446, 534
Schlafzimmer . . . 242, 322, 360, 429, 495, 553
Speisezimmer . . . 323, 447, 715, 748, 935, 1395
Herrenzimmer . . . 205, 337, 473, 503, 576, 823
Küchen . . . 55,50, 76, 94, 105, 121, 135, 193
Einrichtungen bis 10 000 M.
Illustrierter Katalog Nr. 13 gratis und franko.

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kas-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannnten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt Mpl. 3014.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch **Mann**
der für seine Arbeit, für seinen Beruf besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung - Berufskleidung
Größtes Spezialgeschäft dieser Art
Alexandrerstr. 12 — Rosenthaler Str. 58 — Landberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66.

Berlin N, Brunnenstrasse 120
Kriegsgetraute werden reell u. kulant bedient im
Möbelmagazin Otto Piehl
Kriegerfamilien } tuen bei Bedarf an
Brautleute } gut, sich meine Ausstellungen
Umziehende } anzusehen.
Otto Piehl